

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Heße gegen Friedrich Adler

Seit dem Hamburger Kongress wird von den tschechischen Sozialdemokraten gegen den Genossen Friedrich Adler, der neben Tom Shaw die Wahl zum Sekretär der Sozialistischen Arbeiter-Internationale für eine bestimmte Zeit annahm, eine geradezu beispiellose Heße entfaltet. Man ist von den tschechischen Sozialdemokraten und ihrer Presse, welche die polemischen Methoden der übelsten nationaldemokratischen Zeitungen mit ebensoviel Talent wie Eifer plagiiert, nachgerade an vieles gewöhnt, aber ähnliches, wie diese gegen Friedrich Adler in Szene gesetzte Kampagne hat es in den Auseinandersetzungen der Arbeiterparteien und ihrer Vertrauenspersonen noch nicht gegeben. Ueber die tieferen Gründe dieser systematischen Heße wird weiter unten noch gesprochen werden. Das „Pravo Lidu“ vom 10. d. M. enthält unter dem Titel „Eine erstaunliche Rede des Sekretärs der Internationale“ einen haßerfüllten Artikel — es ist nicht das erste Durcheinander, das dieses und andere Blätter der tschechischen Sozialdemokraten gegen Adler schleudern —, der in der Beschuldigung gipfelt, Friedrich Adler hätte eine Rede gehalten, die sich mit den Pflichten eines Sekretärs der Internationale nicht verträgt.

Es müßte schon die daraus sprechende Auffassung, daß ein Funktionär in der sozialistischen Arbeiterbewegung ein geringeres Maß von Redefreiheit hat als jeder andere Genosse, Erstaunen erregen, aber da die tschechischen Sozialdemokraten in einer Regierung sitzen, welche durch die Zensur jede freie Meinungsäußerung ärger brutalisiert, als dies je vordem selbst die bornierteste österreichische Regierung tat, so wird man sich über die Verkümmern ihres Sinnes für Meinungs- und Redefreiheit gewiß nicht weiter wundern. Aber Genosse Adler hat jene Rede, welche so sehr die Wut des „Pravo Lidu“ erregt, gar nicht in seiner Eigenschaft als Sekretär der Internationale gehalten, sondern er hat, wie es selbstverständliche Pflicht jedes Delegierten des Hamburger Kongresses war, vor seinen Mandatsträgern, den Wiener Arbeitern, in Erfüllung dieser Mandatspflicht über die Ergebnisse des Kongresses Bericht erstattet. Hierbei hat er allerdings sich nicht bemüht, diesen Bericht zugunsten der antisozialistischen Regierungspolitik der tschechischen Sozialdemokraten zu färben, sondern er hat eben seiner Meinung und Ueberzeugung über die verhängnisvolle Abirung dieser Partei von den sozialistischen und internationalen Grundsätzen Ausdruck gegeben. Weil nun die tschechischen Sozialdemokraten der Internationale die Ehre erweisen, ihr anzugehören, scheint das „Pravo Lidu“ der famosen Meinung zu sein, der Sekretär der Internationale — der doch die Parteien beider bisherigen sozialistischen Internationalen angehört — dürfe nur ihrer Meinung sein, habe in Bewunderung vor ihrer Politik des Zusammengehens mit den wütendsten Klassenfeinden des Proletariats zu ersterben, oder habe doch zumindest in bedientenhaftem Schweigen zu verharren.

Schon die Konstatierung Adlers, daß die Tschechoslowakei das alte Österreich sei, in dem dessen Nationalitätenkonflikte und alle alten Schwierigkeiten wieder entstanden sind, versteht das „Pravo Lidu“ in gelinde Kaserei. Das Blatt heißt für die Zustände in der „nahe republika“ die gleiche Bewunderung, wie sie die tschechischen Sozialdemokraten vor ihr empfinden, und schon der Umstand, daß Adler Nationalitätenkonflikte als vorhanden ansieht, genügt, um ihn der „Oberflächlichkeit“ und „nationalen Voreingenommenheit“ zu bezichtigen.

Aber Friedrich Adler, dessen internationale sozialistische Gesinnung man vor den Schimpfereien des „Pravo Lidu“ wahrhaftig nicht in Schutz zu nehmen braucht, hat noch ein anderes Verbrechen begangen: er hat sich gegen die von den tschechischen Sozialdemokraten gegen ihn seit Hamburg eingeleitete Schimpfkampagne verwahrt, hat erklärt, sie hätten aus den Kommissionen des Kongresses

Erhardts Flucht.

Beihilfe durch den Direktor und durch Beamte der Gefangenenanstalt.

Dresden, 14. Juli. Das Justizministerium hat von der Flucht Erhardts erst heute, Samstag, aus der Presse (!) Nachricht erhalten. Der Direktor der Gefangenenanstalt Leipzig hat es nicht für nötig erachtet, den Vorgang sofort der obersten Dienststelle zu melden. Das Justizministerium hat sofort nach Kenntnisaufnahme der Pressemeldungen den Ministerialdirektor Starke nach Leipzig entsendet mit der Weisung, den Vorfall sofort auf das genaueste zu untersuchen, insbesondere auch sofort bei der Staatsanwaltschaft die sofortige Verhaftung der an der Gefangenenbefreiung etwa beteiligten Beamten in die Wege zu leiten. Der Gefangenenanstaltsdirektor wird bis auf weiteres nicht mehr zum Dienste zugelassen werden. Weiter haben sich die Vertreter des Justizministers Staatsminister Jellisch in Begleitung eines Ministerialdirektors sofort nach Leipzig begeben, um die Durchführung der angeordneten Maßnahmen zu überwachen und alles sonst Erforderliche bei dem unerhörten Vorgang in die Wege zu leiten.

Berlin, 14. Juli. (Eigenbericht.) Die Flucht des Kapitäns Erhardt aus dem Untersuchungsgefängnis in Leipzig hat schwerwiegende innerpolitische Folgen nach sich gezogen. Ohne Zweifel wird Erhardt seine Freiheit dazu benützen, um seine Verschönerung der Flucht zu einem schädlichen Einfluß auf die ausländische Meinung über die deutschen Zustände zu haben. Im Ausland wird das Gefühl hervorgerufen, als ob die republikanische Gesinnung in Deutschland so schwach wäre, daß es getoigt erscheinen würde, mit der jetzigen Regierung bindende Abmachungen zu treffen. Doch darf man sich über die Stärke und den Umfang der antirepublikanischen und monarchistischen Bewegung in Deutschland keinen übertriebenen Anscheinungen hingeben. Sie hat Rückhalt in Bayern und auch in anderen Teilen des Reiches haben sich gefährliche nationalistische Herde gebildet. Auch ein Teil der Reichswehr, vor allem aber deren Offiziere dürften zumindest als nicht sehr zuverlässig zu betrachten sein. Aber solange die Rechtsputzschiffen nicht damit rechnen können, sich der Fehltren der Reichsgewalt, besonders Berlins sowie der wirtschaftlichen Mittelpunkt und Verkehrsknotenpunkte des Reiches durch Handstreichs bemächtigen zu können, werden sie bloß immer neue Unruhen und im schlimmsten Falle einige vorüber-

Dinge erzählt, die er nicht richtigstellen wollte, da er sich nicht auf das Niveau begeben könne, aus den Kommissionen Mitteilungen an die Öffentlichkeit zu machen, und er hat seine Ueberrückung darüber ausgedrückt, in welchem Grade die tschechischen Sozialdemokraten vom Sozialismus und der Demokratie entfernt seien, was er in Hamburg aufs neue wahrgenommen habe. Darüber meint das „Pravo Lidu“, Adler habe so gesprochen, wie es ein Sekretär der Internationale „nicht kann und darf“, wenn er wahrhaftig und dauernd seine Aufgabe erfüllen wolle. Und es fügt die Artikel dazu, Adler habe sich — weil er auch Bambergredes Rede kritisch besprochen hatte — über den Hamburger Kongress „auf den Nichterstuhl gesetzt“, ohne sich die Frage zu stellen, „ob er dazu als Sekretär der Internationale, aber auch nach seinen bisherigen Verdiensten und seiner Arbeit für die Arbeiterbewegung dazu berechtigt ist.“ Diese prächtige Art der Polemik wirkt umso verblüffender, wenn man die Verdienste der Personen um das „Pravo Lidu“ herum um die Arbeiterbewegung kennt und wahrnimmt, wie hoch hinauf sie sich „auf den Nichterstuhl“ über den Hamburger Kongress setzen, insofern seine Beratungen und Beschlüsse die Kreise ihrer Koalitionspolitik zu stören drohen. Den „Nichterstuhl“ über den Hamburger Kongress — um bei dem geschmackvollen Bilde des „Pravo Lidu“ zu bleiben — hat natürlich bei der Berichterstattung jeder Delegierte bestiegen, wenn er nicht bloß den ohnehin in den Parteiblättern abgedruckten Bericht wiedergeben, sondern eine Meinung

gehende Erlöse erzielen können. An die Verwirklichung ihrer Ziele, an die Wiederherstellung der Machtverhältnisse vor dem Kriege ist nicht im entferntesten zu denken, da die Arbeiter sich bei einer etwaigen Erneuerung des Rapp-Quitsches ebenso einmütig hinter die Republik stellen werden, wie sie es 1920 mit so großem Erfolge getan haben.

Trotzdem bleibt die Flucht Erhardts aus dem Untersuchungsgefängnis in Leipzig ein Skandal. Die Leipziger Untersuchungsgefängnisse sind der sächsischen Justizverwaltung unterstellt, der Stellvertreter des Justizministers Gen. Jellisch ist sofort nach Leipzig gereist, um die Untersuchungen persönlich zu führen. Es besteht kein Zweifel, daß Erhardt die Flucht nicht allein ausgeführt hat, sondern Helfershelfer gehabt hat und daß die Vorkehrungen zur Flucht schon vor langer Zeit getroffen wurden. Der Direktor der Strafanstalt, der es nicht einmal für nötig befunden hatte, dem sächsischen Justizministerium den Vorfall mitzuteilen, wurde sofort von seinem Amte entsetzt. Auch sämtliche Beamte, die mit der Ueberwachung betraut waren, wurden vom Dienste suspendiert. Es soll mit Rücksicht auf die Energie vorgegangen werden. Es scheint festzustellen, daß Erhardt nach Beendigung seines Laubes, als er wieder in seine Zelle zurückgeführt werden sollte, noch einmal ohne Bedeckung in den Waderaum zurückkehrte, angeblich um vergebene Wadentastillen zu holen. Diese Gelegenheit benutzte er zur Flucht, dabei muß ihm von außen Hilfe geleistet worden sein, denn die Türen des Untersuchungsgefängnisses lassen sich nur von außen öffnen. Die weitere Flucht erfolgte wahrscheinlich im Auto und richtete sich nach dem Süden, da Erhardt vermutlich über die bayerische Grenze ins Ausland, wahrscheinlich Ungarn entkommen will. Auf seine Ergriffung wurde eine Prämie von 25 Millionen Mark gesetzt.

Die deutsche Konterrevolution rückt.

Berlin, 14. Juli. (Eigenbericht.) Der „Vorwärts“ veröffentlicht einen Befehl des Justizführers Kossbach, den dieser am 25. April aus dem Untersuchungsgefängnis in Leipzig an seine Anhänger richtete. Es werden Verhaltensmaßregeln gegeben und von jedem Anhänger strengste Pflichterfüllung erwartet. Am Schlusse heißt es: „Der Feind steht dicht am Rhein, unweit Münster. Er steht aber auch in Berlin!“ Wenn Kossbach gegen den Feind in Berlin aus dem Untersuchungsgefängnis derartige Befehle erlassen kann, wird er wohl nichts unversucht lassen, um sich, etwa so wie Erhardt, der Post zu entziehen.

über seine Bedeutung und über die Möglichkeiten der Wirksamkeit der neuen Internationale abgeben wollte. Aber Genosse Adler, der Sekretär der Internationale! Wenn er das selbe tut, so ist dies nach dem Maße der tschechischen Sozialdemokraten eine Annäherung ohne Gleichen! In dem Sekretär der Internationale sieht wohl das „Pravo Lidu“ so eine Art „jungen Mann“, der einen Zettelkasten zu führen, Briefe zu schreiben und Akten zu expedieren hat, der aber keine Meinung, und außerhalb seines Büropflichtenkreises keine Augen zum Sehen und kein Hirn zum Denken haben darf. Und er erfüllt nach der Anschauung des „Pravo Lidu“ nicht „wahrhaftig und dauernd“ seine Aufgabe, wenn er einer der der Internationale angeschlossenen Parteien ihre Abirrungen vom Sozialismus und von der Demokratie vorhält und so die sozialistische Internationale nicht zu einer bloßen Internationale des Scheins, sondern zu einer solchen der Einordnung in die Beschlüsse der internationalen Kongresse zu machen bestrebt ist! Fast er so seine Pflichten auf, und fühlt er sich nicht als bloße Bürokratie der Internationale, wie etwa ein Schreibmaschinenfräulein, dann weist ihn das „Pravo Lidu“ mit der gestrengen Miene eines Herrn Chefs — nachdem es ihm noch an den Kopf geworfen hat, er habe „bewiesen“, daß er „weder Sozialist, noch Marxist, noch auch ein Internationaler sei“ — vom „Nichterstuhl“ herunter. Und damit er sich ein für allemal merke, wird ihm in Ermangelung anderer Gründe bedeutet, er sei auch „nach seinen bisherigen Ver-

diensten und seiner Arbeit für die Arbeiterbewegung dazu nicht berechtigt“. Seit Hamburg ist Genosse Adler so die Zielscheibe aller nur erdenklichen Beschäftigungen der tschechischen Sozialdemokraten. Um nur noch ein Beispiel zu geben, sei folgende Stelle aus einer Notiz des „Pravo Lidu“ vom 4. d. M. zitiert:

„Am Hamburger Kongress fanden sich Leute (!), die darüber überrascht waren, wie der Wiener Dr. Fritz Adler zum Sekretär gewählt werden konnte. Man flüsterte (!), daß es einen besonderen Hintergrund hat: Die Wiener Sozialdemokraten wollen nach den Wahlen mit einer vernünftigeren Politik anfangen und daran hindert sie Dr. Fritz Adler (!). Sie senden ihn also nach London in das Sekretariat der neuen Internationale, damit sie zu Hause eine vernünftigeren und der Arbeiterschaft nützlicheren Politik als bisher, machen können, wenn auch nicht eine „radikale“ Politik.“

Deshalb soll also Dr. Fritz Adler nach London gehen. . . . Die Internationale erhält in diesem Sekretär scheinbar ein Dauergeschick. Wir können dies aus einer Rede schließen, welche dieser Tage Dr. Fritz Adler in Wien über den Hamburger Kongress gehalten hat und in welcher er bewies, wie sehr eingenommen er gegen manche Parteien der Internationale ist, besonders freilich wie national eingenommen (!) gegen die tschechoslowakische Sozialdemokratie. Falls der neue Sekretär der Londoner Internationale so arbeiten will, dann wird er kaum etwas zu ihrer Befestigung beitragen. Dann kann die Internationale dasselbe Ende erleben, welches die deutsche Partei (!) unter der Führung Dr. Fritz Adlers in Oesterreich erlebt hat (!). Und dann wird der Tag kommen, an dem die Internationale die österreichischen Genossen bitten wird, sie mögen sich Fritz Adler zurücknehmen, bevor er die neue Internationale zu Tode quält.“

Es „fanden sich Leute“, „man flüsterte“ — ist das nicht edle Revolverjournalistik? Und es verging seit Hamburg kaum ein Tag, an dem die tschechische sozialdemokratische Presse nicht ähnliche Infamien gegen den Genossen Adler verübt hätte! Weil sich Adler nun ein Wort der Abwehr leistete, fällt ihm das „Pravo Lidu“ aufs neue an, verweist ihm als Sekretär der Internationale das Recht, überhaupt eine Meinung und Kritik zu äußern, und hat nach allem noch die Sterne, zu drohen, daß „die Leitung der tschechischen sozialdemokratischen Partei die Ungehörigkeiten des neuen Sekretärs der neuen Internationale nicht ruhig hinnehmen (!) und die notwendigen Schritte unternehmen wird“.

Man kann es weder als Schande noch als Ehre bezeichnen, vom „Pravo Lidu“ angegriffen und verunglimpft zu werden. Wenn wir hier die Septempagne der tschechischen Sozialdemokraten besprechen, so nicht, um Friedrich Adler in Schutz zu nehmen; er bedarf dieses Schutzes nicht und steht als internationaler Sozialist zu hoch, als daß ihn diese schmutzigen Anwürfe erreichen könnten. Der Noßtäuscherkniff, jeden als schlechten Internationalen, deutschen Nationalisten und schlechten Realpolitiker auszusprechen, der in der Vereinigung der tschechischen Sozialdemokraten mit Merikalen und Faschisten um den Preis des Arbeiterverrates nicht die einzig richtige sozialistische Politik erblicken will, ist auch schon zu bekannt, als daß er noch einige Wirkung hervorrufen könnte. Aber die Heße hat eben einen tieferen Grund. Den tschechischen Arbeitern soll die Sozialistische Arbeiter-Internationale schon von vornherein als unter „deutschem Einflusse“ stehend, ihre Leitung der nationallistischen Voreingenommenheit und der Feindseligkeit gegenüber der tschechischen Arbeiterschaft bezichtigt werden, damit diese im gegebenen Augenblicke genügend präpariert ist und es ihr mundgerecht erscheine, wenn die tschechischen Sozialdemokraten der Möglichkeit der Fortführung ihrer Koalitionspolitik die Internationale aufopfern. Aber über diesen wahren Beweggrund ihrer Heße gegen Friedrich Adler werden sie am allerwenigsten das Forum der Internationale täuschen!

Bolschewismus und Judentum.

Von Karl Rautsky.

II.

Je mehr die Sowjetrepublik auf diese Weise zu einer Diktatur über Parvenis durch die Mittel der Bürokratie, der Armee, des Kapitals, des großen Grundbesitzes wird, desto schlimmer gestaltet sich dabei die Lage der Arbeiter. Überall, wo die Konterrevolution siegt, hat das Proletariat die Feste zu bezahlen. Es macht keinen Unterschied, ob die Gegenrevolutionäre aus den Reihen des Proletariats und seiner Vertreter, oder aus denen seiner alten Ausbeuter stammen. In der Revolution entscheidet, sondern ihre Funktionen, und die werden immer arbeiterfeindlicher, je mehr die neuen Mächte sich erheben und den Charakter der Sowjetrepublik bestimmen. Wohl bleiben die Kapitalisten unter dem Rep. staatlich überwacht, aber sie werden nur von der Bürokratie kontrolliert, nicht vom Proletariat — dessen staatlicher Schutz wird von der neuen Bürokratie immer mehr vernachlässigt — der Arbeiterschutz gilt immer mehr als ein Hindernis des Wiederaufbaus der Industrie, die in ihrer Verkommenheit Profite nur noch zu erzielen weiß durch äußerste Abnutzung der Arbeiter bei Hungerlöhnen.

Und dabei hat die Allmacht der Bürokratie und die Aufhebung jeglicher Demokratie die Arbeiter der Fähigkeit beraubt, sich selbst zu schützen. In keinem Lande Europas sind ihnen diese Fähigkeiten mehr abhanden gekommen als in der Sowjetrepublik. Vor fünf Jahren noch ihre Herren, sind sie heute zu ihren elendesten Sklaven herabgesunken.

Nur die Demokratie, die Gewährung der Freiheit der Presse, der Organisation, allgemeinen geheimen Wahlrechts, der Immunität der Gewählten, vermag dem russischen Proletariat wieder die Möglichkeit zu geben, sich seiner neuen Peiniger und Ausbeuter zu erwehren.

Wie die große französische Revolution vermochte auch die russische im wesentlichen nur eine bürgerliche zu sein. Es war unvermeidlich, daß sich Kapitalismus und größerer Grundbesitz bilden. Aber hätten die Bolschewiki durch ihren Staatsstreich nicht die Konstituante und die Demokratie zerstört, dann würde der Terror, die neue Bürokratie, die neue stehende Armee nicht notwendig sein, und dann hätte das Proletariat in der Demokratie an Kraft gewaltig gewonnen, so daß es den Kapitalisten und Agrariern große Konzessionen abzurufen und sich neben ihnen als entscheidende soziale und politische Macht zu behaupten vermöchte. In Wirklichkeit haben Diktatur und Terror dem Proletariat alle Kraft genommen, die es im ersten Jahre der Revolution besaß. Es steht heute schwächer und wehrloser da als in den letzten Jahren des Zarismus. Das verdankt es dem Bolschewismus. Nur die Demokratie kann es wieder erheben. Es bedarf ihrer dringend.

Wilt das für alle Proletariat, so natürlich auch für die jüdischen. Aber nicht nur als Proletariat, sondern auch als Juden werden sie durch den Bolschewismus bedroht und haben sie alles Interesse, ihm die Idee der Demokratie entgegenzusetzen.

Es ist richtig, daß die Bolschewiki keinen Unterschied machen zwischen Juden und Nichtjuden. Und mancher Jude ist durch sie zu einer Machtstellung gelangt, die er auch in der Demokratie, bei voller Gleichberechtigung nicht erreicht hätte. Aber diese Machtstellung einzelner Juden gericht dem Judentum keineswegs zum Vorteil. Als außergewöhnliche Erscheinung fesselt sie die allgemeine Aufmerksamkeit und verleitet die unkritischen Massen dazu, Judentum und Bolschewismus zu identifizieren, in der Herrschaft des Bolschewismus eine Art Judentum zu sehen.

Das droht verhängnisvoll für das russische Judentum zu werden, bei dem allgemeinen Hass,

der das bolschewistische Regime trifft. Die Monarchisten aus den verschiedensten Klassen, alt-Grundbesitzer, Kapitalisten, Offiziere, Beamte, Professoren etc. hassen dieses Regime, weil es durch die Revolution emporkam und sie expatrierte. Die revolutionären Schichten, vor allem die Proletariat, hassen es immer mehr, weil es ein gegenrevolutionäres, arbeiterfeindliches Regime wurde.

Ähnlich ging es nach der großen französischen Revolution dem Bonapartismus. Er stieg auf die Feindschaft sowohl der Legitimisten wie der Republikaner. Aber er führte zu Siegen und wirtschaftlicher Blüte. Und er gewann daher die Anhänglichkeit der Bauern und der städtischen Geschäftsleute. So suchte er auf einer breiten Basis, trotz der Gegner von rechts und links.

Das Sowjetregime hat Rußland ökonomisch völlig ruiniert, und es wird seinen Ruin noch weiter vergrößern. Sein Reg. vermochte bisher die Industrie nicht aufzubauen, seine bäuerliche Naturalsteuer in Verbindung mit der Forcierung des Getreideexports wird die kleinbäuerlichen Massen, die schon so sehr gelitten haben, vollends ruinieren. Und dabei gewinnt das Sowjetregime nicht einmal die Anhänglichkeit der neuen Kapitalisten, die von der Bürokratie wohl nicht an der Arbeiterausbeutung gehindert, aber doch bei der Profitmacherei auf Schritt und Tritt belästigt werden.

So wächst von Monat zu Monat der Haß gegen die Herrschaft des Bolschewismus. Er hat jeden Boden im Volke verloren. Trotzdem mag er sich noch eine Zeit lang behaupten, gestützt auf Bürokratie und Armee, aber er ist nicht mehr imstande, eine große staatliche Krisis oder eine ernstliche Zivilkrise in seinen eigenen Reihen zu überstehen. Der fortschreitende ökonomische Verfall kann aber auf die Dauer nicht fortgehen, ohne daß das eine oder das andere oder gar beides in enger Verbindung miteinander eintritt.

Wann und wie immer sich das vollziehen mag, eines ist sicher: Der Sturz oder das Verfallen des Bolschewismus wird zur Entfesselung einer furchtbaren Sturmflut des Volksgorns gegen ihn führen. Er droht sich aber vor allem gegen das Judentum zu richten, das den unwissenden Massen des Varenreichs schon vor dem Kriege so leicht als die Ursache alles Leids erschienen war, das sie bedrückte. Dieser Antisemitismus liegt jetzt wieder umso näher und wird sich umso schroffer äußern, je mehr die Masse Bolschewismus und Judentum identifiziert.

Die russischen Juden, natürlich soweit sie nicht an den Bolschewismus glauben, haben daher alle Ursache, deutlich zu erkennen zu geben, daß sie mit ihm nichts zu tun haben wollen. Und sie werden dem entsetzlichen Unheil, mit dem der Sturz des Bolschewismus sie bedroht, nicht dadurch vorbeugen, daß sie diesen Sturz zu hindern suchen, denn er kommt unvermeidlich; sondern nur dadurch, daß sie alle Möglichkeiten und Anknüpfungspunkte der Demokratie in Rußland unterstützen.

Denn ist es auch sicher, daß die Diktatur des Bolschewismus sich dauernd nicht behaupten kann, so steht es doch gar nicht fest, auf welche Weise sie überwunden wird. Eine Zeit lang schien es, daß weicher Terror den roten ablösen sollte. Das wäre ebenso verhängnisvoll für das russische Volk, wie für das Judentum insbesondere gewesen. Der weiche Terror hätte es wahrscheinlich in blutigen Pogromen vernichtet.

Aber das ist zum Glück nicht die einzige Möglichkeit, den Bolschewismus los zu werden. Die andere Möglichkeit besteht darin, daß vielleicht nicht durch eine einzelne Katastrophe, sondern durch allmähliches Erstarken der arbeitenden Massen und zunehmende Schwächung der Einseitigkeit und Jüdischheit der bolschewistischen Reihen die Selbsttätigkeit im Volke immer mehr, immer unaufhaltsamer wird. Es erscheint mir nun ausgeschlossen, daß, sobald dieser neue Faktor

gewinnt, einige mißvergnügte, ob ihrer Opposition kaltgestellte Bolschewiki selbst versuchen, sich seiner zu bemächtigen, um als Führer der Demokratie das Ansehen wieder zu erlangen, das sie als Diktatoren verloren haben. Sie sind zu allem fähig, sobald ein Vorteil dabei herauskommt, sogar zur Demokratie. Wie immer dem sein mag: Je stärker die Demokratie wird und je das bolschewistische Regime abläßt, umso eher dürfen die Juden Rußlands erwarten, daß das Verschwinden des Bolschewismus sich ohne Pogrome vollzieht und die Idee der Gleichberechtigung aller Religionen, Rassen und Nationen als bleibender Gewinn der Revolution gerettet wird.

Und darum haben die jüdischen Vertreter Rußlands nicht nur als Proletariat, sondern auch als Juden alles Interesse am Sieg der Demokratie.

Inland.

Die Inserate des Herrn Kramar.

Wir haben bereits vor einiger Zeit darauf hingewiesen, daß die „Narodni Listy“ mit Vorliebe Angriffe gegen Masaryk oder Benesch aus der deutschen Reichspresse abdrucken, sich zum Scheine über diese Angriffe „erzürnen“, in Wirklichkeit aber mit dem Abdruck ganz andere Zwecke verfolgen. Einen ähnlichen Gedanken äußert nunmehr das „Pravo Lidu“, welches in seinem gestrigen Abendblatte schreibt: „Vor kurzer Zeit hat ein verbummelter Prager Maler ein Buch, welches beleidigende Karikaturen und Verse über den Präsidenten Masaryk und Dr. Benesch mit fasischer Tendenz enthielt, ausgeben. Unsere Herausgeber haben es abgelehnt, ein Inserat dieser Schmähschrift aufzunehmen. Die „Narodni Listy“ aber empfehlen das Pamphlet nicht nur an, sondern sie machen auch Reklame für das Buch mit dem Hinweis darauf, daß das „Pravo Lidu“ die Aufnahme des Inserates ablehnte, was als Beweis für die Güte des Buches dienen soll. Dann kam der Fall der „Staatswehr“, des Blattes der Wiener Monarchisten und Fasisten. Dieses Blatt brachte einen Schmähartikel auf Masaryk und Benesch. Etwas so Rohes und Gemeines, daß der tschechische Journalist es mit dem Gefühle weglegte, er müßte sich die Hände nach der Berührung mit diesem Schmutze abwischen. Die „Narodni Listy“ übersehten diese Schweinerei, welche nach ihnen aus von anderen nationaldemokratischen Blättern gebracht wurde. Zum Scheine regten sie sich darüber auf, aber nur darum, damit der Redakteur nicht vor Gericht gezerrt werden könne. Heute haben die „Narodni Listy“ wieder ein ähnliches Inserat. Jemand ein Lausbrub hat in Wien ein Pamphlet ausgegeben, welches schildert, wie Masaryk Präsident geworden ist und welches in rüdesten antisemitischen Tönen gehalten ist. Dr. Kramar wünscht, daß auch diese Schweinerei in der tschechischen Republik die allergrößte Verbreitung finde. Weder er, noch die Redaktion haben wegen der gefehlichen Konsequenzen den Mut aufgebracht, diese Schrift offen zu empfehlen; deswegen wird sie unentgeltlich an einer hervorragenden Stelle des politischen Teiles des Blattes angepriesen. Kramar schützt zwar „Erregung“ gegen den Autor vor, aber vergißt dabei nicht, den Lesern in gründlicher Weise den Namen des Autors des Buches, dessen Titel die volle Adresse (auch die Hausnummer) des Verlegers und den Preis in österreichischen und tschechoslowakischen Kronen mit einer Belehrung, daß es möglich ist, das Geld rekommandiert in einem Briefschwert einzuschicken, beizugeben . . .

Poincare ertrinkt in seinem Ehrgeiz. Die Rede Baldwins bildet den Gegenstand allgemeiner

Erwägungen in der tschechischen Presse. So sagt die „Tribuna“: „Die englische Antwort hat die internationale Öffentlichkeit tatsächlich überrascht; angenehm, können wir hinzufügen. Sie hat zwar nichts Neues gebracht, was nicht unzählige Male von englischen Staatsmännern gesagt wurde, aber die Erklärung Baldwins faßt klar, ruhig und in sachlicher Form alle Konflikte zusammen, die den französischen vom englischen Standpunkt in der Reparationsfrage scheiden. Die Stimmung der französischen Presse, mit der sie diese Erklärung aufgenommen hat, zeigt deutlich, daß Frankreich durch den Mißerfolg im Ruhrgebiet einen kräftigen Beweis über die schlechte Qualität seiner Politik, aber gleichzeitig auch über die Unmöglichkeit einer Politik erhalten hat, die gegen solche politische Meister, wie es die englischen Diplomaten sind, mögen sie nun Lloyd George oder Baldwin heißen, gerichtet ist. Möge in England eine liberale oder konservative oder — wird es einmal der Fall sein — eine Arbeiterregierung — sein, alles Bemühen zielt auf die Sicherung der englischen Macht hin. Deshalb stand die englische Regierung seit Beginn der Ruhraktion beiseite, nur auf den Augenblick wartend, bis Poincare in seinem eigenen Ehrgeiz zu ertrinken beginnt. Dieser Augenblick ist gekommen. England ist seiner Sache so sicher, daß es ohne Folgen Frankreich sagen kann, daß die französischen politischen Methoden nichts taugen. Noch vor zwei Monaten führte Poincare um einige Längen, er antwortete allein Deutschland auf die Mai-Note, indem er dadurch andeutete, daß er England für eine Quantität negligeable und den Reparationskonflikt für eine private französisch-deutsche Angelegenheit hielt. Heute erntet England, daß es bereit sei, die Verantwortung zu übernehmen und selbst Anträge vorzubereiten, die französischen Wünsche sind in den Hintergrund gestellt. Die Anträge, die England ausarbeiten will, erfolgen unter der Perspektive des „Wiederaufbaus der erschöpften Welt“. Wie kleinlich scheint gegenüber dieser englischen Weltgeste das enge Segment des vernichteten Nordfrankreich. England, dieser Kolos, siegt zum zweiten Male. Im Kriege hat es zwei Konkurrenten vernichtet: Rußland und Deutschland. Im Frieden besiegt es einen dritten, Frankreich. England bleibt unüberwindbar.“ — Auch die „Narodni Politika“ stellt sich nicht auf Seite Frankreichs. Sie sagt: Im ganzen beruht die Bedeutung der englischen Erklärung nicht in der Lösung des Konfliktes, sondern in der Zeitgewinnung für weitere Verhandlungen. Es hat sich wieder einmal gezeigt, daß es die Verantwortung der Staatsmänner nicht gestattet, einer Lösung nachzugehen „nur damit es zu einem Ende der Unsicherheit komme“, die sich die Unverantwortlichen und Redöfen vorstellen. Es hat sich abermals gezeigt, daß stets eine Verzögerung, eine Verzögerung wahrscheinlicher ist als eine radikale Geste. Ganz aus dem Geiste der englischen Mentalität, die dramatische Szenen nicht liebt, aber geschäftliche Verhandlungen liebt, um zu einer Übereinstimmung zu gelangen, ist jene Rundgebung des Kaufmannes Baldwin hervorgegangen. Und ganz im Geiste der englischen Fähigkeit werden die weiteren Verhandlungen Schritt für Schritt, Schrittlchen für Schrittlchen getan, bis das Werk gelingt. Es wird ein Werk des Kompromisses sein, denn Frankreich und England sind gleich starke Kämpfer, so daß der Sieg des einen über den anderen nicht wahrscheinlich ist. Das Hauptaktium der englischen Regierung ist, daß diese beiden in Europa heute entscheidenden Großmächte nicht aneinander gegangen sind. Die Entente ist gerettet, das ist hauptsächlich aus der Rundgebung der englischen Regierung zu bemerken.

Das „Rude Pravo“ meint: Ist eine stärkere Verurteilung des französischen Imperialismus möglich, als sie der Ministerpräsident der englischen bürgerlichen Regierung abgegeben hat?

Der erste deutsche Sozialist Böhmens.

Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Böhmens.

Die Anfänge des deutschen Sozialismus in Böhmen liegen noch im Dunkeln. Allgemein herrschte bisher die Meinung vor, daß der Sozialismus in den Sechzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts aus Deutschland zu uns herübergekommen sei, daß Laßalle durch seine flammenden Worte nicht nur die Arbeiter Deutschlands, sondern auch der angrenzenden deutschen Gebiete Böhmens zum Bewußtsein ihrer Klassenzugehörigkeit und damit zu geschichtlichem Leben erweckt hat. Der begabte Strumpfwirker Johann Simon Martin, der 1863 eine Ortsgruppe des allgemeinen deutschen Arbeitervereines in Aßch gegründet und der noch auf seinem Sterbebette für die Sache der Arbeiterkassen gewirkt hatte, galt bisher als der erste deutsche Sozialist Böhmens. Seitdem jedoch durch die Revolution die Archive des alten Oesterreich geöffnet wurden, wissen wir, daß nicht erst die Laßallesche Agitation, sondern schon der utopische Sozialismus in den Dreißigerjahren des 19. Jahrhunderts die ersten Lichtstrahlen in das traurige Leben der deutschen Arbeiterkassen Böhmens geworfen hat.

Die Industrie Böhmens war damals erst im Entstehen begriffen, es gab ein paar Tuch-, Glas- und Zuckerraffinerien. Der größte Teil der Bevöl-

kerung, der nicht auf dem Gute der Adligen ruhte, war im Kleingewerbe tätig, die Elite des kleingewerblichen Proletariats waren die Handwerksburschen, welche nach dem Abschluß ihrer Lehrzeit das Felleisen auf den Straßen nahmen und auf Wanderschaft gingen. Auf ihrer Wanderungen, welche sie kreuz und quer durch Europa führten, lernten sie die Zustände fremder, wirtschaftlich vorgeschrittener Länder kennen und erfuhren so auch von den Lehren, welche die erste Reaktion sozialwissenschaftlicher Forscher auf die eben aufkommende, die Massen schädigende kapitalistische Produktionsweise waren: dem utopischen Sozialismus. Die geistige Vereinigung des utopischen Sozialismus, der die Schäden des Kapitalismus erkannte, aber noch weit entfernt war von der Erkenntnis, daß der Kapitalismus in sich selbst die Entwicklungstendenzen zum Sozialismus enthalte, der seine Aufgabe darin sah, den Plan einer Gesellschaftsordnung auszuarbeiten, in der die verderblichen Wirkungen des Kapitalismus aufgehoben seien, die Vereinigung dieser Lehren mit den wirtschaftlichen Interessen der Handwerksburschen bildete das System des ersten deutschen proletarischen Sozialisten, Wilhelm Weitlings.

Dieser erste deutsche Proletarier, der zugleich Sozialist war, unterscheidet sich von den übrigen utopischen Sozialisten dadurch, daß er bereits die Klassengegensätze zwischen Kapitalisten und Proletariaten in ihrer Schroffheit klar erkannte und daß er mit der hinreichenden und vollstündlichen Sprache seiner Schriften nicht nur Buchgelehrte, sondern auch die ausgewiesenen Elemente unter seinen Berufsgeossen, eben die Handwerksgeossen, erreichte. Weitling war es, der die Schranken, welche den utopischen Sozialismus vom proletarischen Sozialismus trennten, mit seinen begeisternden Wor-

ten niederriß und den Armen und Bedrückten in prophetischer Weise die gewaltige soziale Krisis ankündigte, in der die Stunde der Befreiung des Proletariats schlagen werde. Er war es auch, der erkannte, daß die kommenden Schicksale des Proletariats dieses organisiert finden müssen und den Bund der Gerechten gründete, aus dem 1847 der Bund der Kommunisten wurde, der am Vorabend der bürgerlichen Revolution in den feudalen Mitteleuropa das kommunistische Manifest herausgab und noch vor dem Ausbruch der Revolution des Bürgerturns die kommende soziale Revolution des Proletariats ankündigte.

Zweimal, 1834 und 1836, war Weitling auch in Wien, wo er damals mit zwei Brüdern, Karl und Josef Schestag verkehrte, von denen der eine Schneider, der andere Bäcker war und die beide auf ihren Wanderungen in Paris gewesen waren, wo sie die Lehren des utopischen Sozialismus durstig eingelesen hatten. Dort wurden sie auch Mitglieder des Bundes der Gerechten. In Wien wurden sie 1844 wegen Hochverrats in Untersuchung gezogen, schuldig erkannt, zum Tode verurteilt und vom Kaiser begnadigt. Ihre Strafe büßten sie auf dem Brünner Spielberg ab. Aber Weitlings Aufklärungsstätigkeit hatte schon damals weitere Kreise ergriffen und einer seiner begeistertsten und fähigsten Anhänger war Franz Eggert aus Hammern im Böhmerwald.

Eggert stammte aus der Hattandmühle, die früher ein Gutshof und selbständiger Ort gewesen war und jetzt zur Gemeinde Hammern (Station Hammern-Eisenstrah) bei Eisenstein gehört. Diese Feststellung verdankt der Verfasser dem Genossen Hilgarth, sozialdemokratischem Kreissekretär in Krummau.

Franz Eggert, von Beruf Handwerker, stammte aus einer begabten Familie. Darauf kann aus den Briefen seines Bruders Konrad an ihn, deren formvollendeter Stil und eindringliche Betrachtungsweise noch heute Erstaunen wachrufen müssen, geschlossen werden. Ein Polizeibericht aus dem Jahre 1846 charakterisiert Franz Eggert als „schweremütig, von industrieller Bildung und hervorragendem Sinn für Politik, man könnte sagen, für einen Handwerker überbietet.“ Eggert arbeitete erst in Böhmen, später in Wien, und ging dann auf Wanderschaft, die ihn über Triest, Venedig und Verona nach Innsbruck führte. In Innsbruck lernte er den Tischlergesellen Franz Scheyring kennen, der in der Schweiz gearbeitet und dort bereits kommunistischen Vereinigungen angehört hatte, sowie den Tapezierer Georg Scham aus Fürth in Bayern, der sich gleichfalls für sozialistische Ideen interessierte. Eggert hat seine Agitation insbesondere unter seinen Verwandten und Bekannten in seiner Heimat betrieben und diese auch tatsächlich für die Auswanderung in die Kolonie Neu-Schwetia, unweit der Bucht von St. Francisco, die von dem Schweizer August Sutter begründet worden war, gewonnen. Von diesem Plane sprach Eggert „mit sichtlichem Wohlgefallen und einer tief eingewurzelten Überzeugung, verbunden mit einer chimarischen Menschenbeglückungsidee“. Die drückenden Verhältnisse, unter denen die Handwerksburschen lebten, gaben ihm noch nicht die Einsicht, daß durch den Klassenkampf und die Organisation der Arbeiter die bürgerliche Gesellschaftsordnung überwunden werden müsse, son-

Die zwei Polizeiberichte, die Hauptquelle für Eggerts Tätigkeit, sind abgedruckt bei Ludwig Brügel: Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie, I. Band, S. 46 ff.

Oswald Hillebrand: Die erste sozialdemokratische Organisation in Oesterreich. „Kampf“, 6. Jahrgang, Seite 350.

Wir wissen, daß seine Erklärung kein Ausdruck der eigentlichen Sehnsucht für irgend eine Berechtigung und für die Erneuerung Europas ist. Die Beweggründe, die England in diesem Standpunkte geführt haben, sind rein gewinnstüchtig, es geht dies im Interesse des englischen Kapitals, gerade so wie im Interesse des französischen Kapitals die Besetzung des Ruhrgebietes und das Niederringen Deutschlands liegt. Aber dieser Warnungsruf der englischen Regierung zeigt, wohin Europa eilt. Während das alte Europa sich in Krämpfen nicht endender Verwirrung windet, bereitet die New Yorker Börse ruhig ihre Welt Herrschaft vor. England, politisch bedroht in seiner Welt Herrschaft und unter der wirtschaftlichen Zerrüttung Europas leidend, übt auf einmal Worte für die wirtschaftliche Not Deutschlands. Und hauptsächlich die Angst vor etwas Unbekanntem, vor einer sozialen Revolution in Deutschland, treibt England zu dieser Entscheidung. England sieht, daß die Not und Verzweiflung des deutschen Proletariats das Ende des Kapitalismus in Europa bedeuten würde.

Schlechte Aussichten der slowakischen Volkspartei vor dem Wahlgerichtshof. Die Berichte, nach denen die Partei Sklnas beim Wahlgerichtshof die Klage auf Mandatsaberkennung des Abgeordneten Braber überreicht hat, sind, wie „Libove Noviny“ melden, falsch. Im übrigen würde der Ueberreichung einer solchen Klage, so sagt das Blatt, die aktive Prozeßlegitimation fehlen, denn in seiner letzten Sitzung hat der Wahlgerichtshof den Rechtsgrund festgelegt, daß zur Ueberreichung einer Mandatsklage nur eine Wahlsprei und nicht eine politische Partei maßgebend ist. Bekanntlich ist die slowakische Volkspartei bei den letzten Wahlen nicht als selbständige Wahlpartei aufgetreten, sondern kandidierte im Rahmen der damals einheitlichen tschechoslowakischen Volkspartei. Eine Klage auf Aberkennung des Mandates müßte somit die tschechische Volkspartei überreichen, welche natürlich an der Aberkennung des Mandates des Abgeordneten Braber kein Interesse hat.

Eine tschechisch-sozialdemokratische Gemeindevertreterkonferenz. Der Volksausschuß der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei beruft für den 26. August eine Konferenz der Funktionäre der Bezirks- und Gemeindeverwaltungen in der Tschechoslowakei ein. Auf der Tagesordnung befinden sich die Referate des Abgeordneten Bil über die Tätigkeit der Sozialdemokratie in den Gemeinden, des Abgeordneten Meißner über die Gemeindevorstande und die Gesetzgebung der Selbstverwaltungskörper und des Senators Kermann über die Finanzwirtschaft der Gemeinden. Anschließend an diese Referate findet eine Debatte statt.

Ausland.

Die militärischen Vorbereitungen der Hitlerbanden für den Umsturz. Aus Bayern wird uns geschrieben: Als vor kurzen die sozialdemokratischen Zeitungen in Würzburg, Bamberg und Nürnberg verboten wurden, weil sie das Treiben der Salenkreuzler im Speßart beleuchteten, da hat die Verantwortlichkeit den Grund für das gehässige Vorgehen der bayerischen Behörde. In der Hauptsache in der allgemeinen fanatischen Einstellung der bayerischen Regierungs- und Verwaltungsbürokratie gegen uns gesehen. Die Gründe für das nervös-brutale Vorgehen gegen die sozialdemokratischen Blätter Nordbayerns liegen aber tiefer. Unsere fränkischen Parteiblätter hatten diesmal nicht über irgend eine Huererei in ... unen gesprochen, sondern sie hatten auf das dunkle Treiben der Hitler-Mitruken im Speßart hingewiesen. Der Speßart aber spielt in den Bürger-Umsturzphantasien der Verführten und Führer der methodisch vorgehenden bayrischen Umstürzmobilisationen eine hervorragende Rolle. Schon zur Zeit, als Rahr noch das Ruder in der Hand hatte und der Streit um die Ein-

wohnertwehre tobte, hatten die Einwohnerwehrcamänner im Speßart, zumeist nichteinheimische Elemente, es besonders auf die Dörfer und Punkte abgesehen, die an der wichtigen Bahnlinie Gmündens—Aichaffenburg liegen, auf Eisenbahnknotenpunkte, Brücken, Tunnels und dergleichen. Gerade in der Nähe wichtiger Punkte suchte man unter allen Umständen zuverlässige Garden zu formieren. Auch die Siner-Leute sehen das Speßartgebiet nicht nur als gutes Übungsgebiet, sondern als Schießübungen der weissen Garden an, — wir sagen ausdrücklich: weisse Garden; denn an einen Kampf mit den Franzosen in absehbarer Zeit glaubt ernsthaft kein Hitler und kein Ludendorff — sondern als strategischen Hauptstützpunkt für einen Umsturz. Die Salenkreuzler, Ludendorffleute wie Kahrleute, sind ganz im militärischen Denken befangen. Aus unvorsichtig gemachten gelegentlichen Äußerungen geht deutlich hervor, daß ihre ganze Sorge darin besteht, bei der nächsten großen Putsch- und Kraftprobe schnellstens die drei Industrie- und Arbeiterzentren in Nordbayern: Aichaffenburg, Schweinfurth und Nürnberg zu isolieren. Das kann ihnen nur gelingen, wenn sie im Speßart gegen das Frankfurter Industriezentrum, von woher die Hitlerleute die „Roten“ heranziehen sehen, einen festen Stützpunkt haben. Die ewigen Soldaten erinnern sich, daß durch den Speßart über Würzburg und Nürnberg die Heereskolonnen zogen. Die kapitalistischen Geldgeber Hitlers aber wissen, daß vom Speßart viele Arbeiter im Ruhrgebiet arbeiten und daß die meisten dieser Arbeiter im Ernstfall für die Reaktion keine Hilfe bedeuten. Kame es in der Entscheidung, auf die die Hitlerleute arbeiten, zu einer Verbindung zwischen der Arbeiterschaft von Frankfurt bis Nürnberg, dann sähe Hitler hoffnungslos hinter der Donau und konnte auf den Tag warten, wo ihn seine eigenen Anhänger nach der verlorenen Schlacht aufhängen. Hat er aber im kriegsamen Augenblick den Speßart fest in der Hand, dann erdrückt er, wie er hofft, mit Hilfe des flachen Landes und im Bunde mit der Bureaucratie, dem Kapital und dem völkischen Alerus die Stützpunkte der Arbeiterschaft für Nordbayern und Bayern liegt zu seinen Füßen...

Nationalsozialistische Ausschreitungen in München. Aus München wird gemeldet: Nach Schluß der heutigen Versammlung der Nationalsozialisten im Zirkus „Krone“ kam es in der Arnoldstraße zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und Versammlungsteilnehmern. Trotz des bestehenden politischen Verbotes hatten die Versammlungsteilnehmer einen Zug formiert, der sich nach der inneren Stadt bewegte. Auch hatten sie Fahnen entfaltet. Der wiederholten Aufforderung der Polizeiorgane, die Fahnen zu entfernen und auseinanderzugehen, wurde nicht Folge geleistet. Als die Polizeiorgane die Personlichkeiten der Fahnenträger feststellen und die Fahnen beschlagnahmen wollten, wurde ihnen Widerstand geleistet, so daß sie teilweise genötigt waren, von der Waffe Gebrauch zu machen. Zur Hilfe herbeigerufenen Verstärkungen der Polizei gelang es schließlich, in kurzer Zeit die Ordnung wieder herzustellen, die Fahnen zu beschlagnahmen und einige renitente Teilnehmer zu verhaften. Einige Personen wurden leicht verletzt.

Alkoholverbot für Jugendliche in England. Die Gesetzesvorlage der Lady Astor, durch die der Verkauf geistiger Getränke an alle Personen unter 18 Jahren verboten wird, wurde Freitag vom Unterhause in dritter Lesung angenommen.

Französische Todesurteile im besetzten Gebiet.

Paris, 14. Juli. (Tsch. P.-B.) Nach einer Vorabermessung aus Aachen hat das Kriegsgesicht in Aachen drei Deutsche als Saboteure zum Tode verurteilt. Ihre Namen sind Graf Keller, Ludwig Schulz und Ringender. Ein vierter Angeklagter namens Vorbeer ist zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt worden.

Telegramme.

Der voraussichtliche Inhalt der englischen Antwortnote.

London, 13. Juli. Reuter meldet: In amtlichen britischen Kreisen wird über die Natur der Antwortnote auf das deutsche Memorandum, deren Fertigstellung bis zum 19. Juli zu erwarten ist, weiter vollständige Zurückhaltung geübt. Es kann aber als sicher angenommen werden, daß die britische Antwort den Vorschlag enthält, eine internationale Kommission einzusetzen, die Deutschlands Fähigkeit zu Reparationszahlungen bestimmen soll. Möglicherweise wird auch die Frage der Beendigung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiete berührt werden. Die Note wird wahrscheinlich der Regierung der Vereinigten Staaten zur Information zugehen.

Poincarés Antwort an Baldwin.

Paris, 14. Juli. Anlässlich der Einweihung eines Kriegerdenkmals in Senlis wird Poincaré eine Rede halten, worin er den französischen Standpunkt über die Reparationsfrage als Antwort auf die Erklärungen Baldwin's entwickeln wird.

Amerika zur Baldwinrede.

London, 13. Juli. Reuter meldet aus New York: Die amerikanischen Blätter besprechen die Erklärung Baldwin's in günstigem Sinne und bezeichnen sie als eine klare und kräftige Schilderung der Zustände in Europa.

Der „New York Herald“ sagt: Die Beurteilung der Ruhrangelegenheit in der Erklärung sei im Geiste des wirklichen Geschäftsmanes gehalten.

Der „New York World“ sagt voraus, die Wirkung der Rede werde groß sein und immer größer werden.

Die „New York Times“ bemerkt, man könnte Einzelheiten kritisieren, die Absicht sei aber lobenswert. Der große britische Vorschlag, soweit er in der Erklärung unrißig werde, bedeute einen Schritt vorwärts, dem selbst die französische Regierung die Sympathie nicht verweigern könne.

Nach einer Reutermeldung aus Washington ist dort eine Erklärung von zuständiger Seite veröffentlicht worden, die besagt, daß die Washingtoner Regierung von britischen offiziellen Persönlichkeiten bezüglich der geplanten britischen Antwort nicht befragt worden sei. Washington habe auch keine Anregung vorgebracht und die Presseberichte über den Meinungsaustausch durch Vermittlung des Botschafters in London seien unbegründet. Während die offiziellen Kreise es ablehnen, sich zu der Erklärung des britischen Premierministers zu äußern, ist man allgemein der Auffassung, verschiedene seiner Darlegungen bedeuteten, daß irgend ein Versuch unternommen werde, um einen Ausweg aus der Reparationschwierigkeit durch gemeinsame internationale Arbeit zu finden. Diese Aktion würde zum Ziele haben, Deutschlands Zahlungsfähigkeit vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte aus festzustellen. Wenn dies der Hauptinhalt der Vorschläge der britischen Regierung wäre, so würde der Plan, wie in Washington erklärt wird, viel Gemeinsames mit den Anregungen des Staatssekretärs Hughes haben, die dieser im Oktober v. J. der französischen Regierung vorlegte.

Die Flucht Erhardts — ein Bereitwilligkeitssignal für die Arbeiterschaft.

Berlin, 14. Juli. Die Flucht Erhardts wird von den Blättern der Linken einmütig als ein Alarmsignal bezeichnet, während die nationalistischen Blätter ihre Genugtuung ver-

bergen oder, wie der „Vokalanzeiger“, gedämpft wiedergeben, der die Flucht als eine Leistung (!) bezeichnet, die bei der oft bewährten Energie Erhardts an sich nicht erstaunlich ist.

Die „Note Fahne“ sieht in dem Entweichen Erhardts eine Bestätigung ihres großen Alarmanrufes an die Partei. Am heftigsten Tage, bei starker Polizeibewachung zu entfliehen, könne nur gelingen, wenn die ganze Republik blind ist.

Das „Berliner Tageblatt“ weist darauf hin, daß seit dem letzten halben Jahre die großen politischen Prozesse nicht recht vorwärts kommen. Die Befreiung des Anführers des Geheimbundes „C“ werde auf der äußersten Rechten und äußersten Linken jene Tendenzen verstärken, die auf innere Konflikte drängen.

Der „Vorwärts“ schreibt, als Erhardt verhaftet wurde, herrschte in republikanischen Kreisen lebhafteste Befriedigung, da er am 13. März durch seinen Vorkampf nach Berlin das Reich in furchtbare Verwirrung gestürzt hatte. Jetzt müsse die Flucht die schwerste Verunreinigung hervorbringen, zunächst als Beweis für die Schwäche der Staatsgewalt und für die ausgedehnte Aktivität der von Erhardt geleiteten Geheimorganisationen. Auf die Arbeiterschaft muß die Befreiung als ein Signal zur höchsten Bereitschaft wirken.

Die „Vossische Zeitung“ sagt: Daß es nicht möglich war, gerade diesen Gefangenen sicher zu bewachen, kommt einer für die Staatautorität verlorenen Schlacht gleich.

Verhaftung eines Kommunistenführers im Ruhrland.

Berlin, 14. Juli. Einer Blättermeldung aus Gelsenkirchen zufolge ist der Kommunistenführer Basted, der bei den kommunistischen Unruhen im Mai eine große Rolle gespielt hatte, auf Grund eines deutschen Haftbefehls festgenommen und nach Essen ins Gefängnis gebracht worden. Die Verhaftung hat in den Kreisen der kommunistischen Unterirdischen große Erregung hervorgerufen und dürfte nach der „Kölnischen Zeitung“ das Signal zu neuen Unruhen im Ruhrgebiete geben.

Lausanne: die Lage unverändert.

Lausanne, 13. Juli. (Schw. D. A.) Seit Abbruch der Donnerstag-Sitzung der Konferenz ist die Lage unverändert. Die alliierten Bevollmächtigten sind heute mittags zur Beratung des Berichtes zusammengetreten, den sie ihren Regierungen erstatten werden. Bis zur Stunde ist noch kein Ausweg aus der Sackgasse ersichtlich.

Der Schutz der Minderheiten in Griechenland.

Lausanne, 14. Juli. (Schw. D. A.) Venizelos wurde von den Alliierten eingeladen, über die Modalitäten der Abänderungen zu verhandeln, die an der dem Verträge von Sevres angeschlossenen Konvention zum Schutze der Minderheiten in Griechenland anzubringen sind. In dem Verträge ist eine Bestimmung aufgenommen, daß die drei Säugmächte Griechenlands, und zwar England, Frankreich und Belgien, auf ihre Garantie der griechischen Verfassung verzichten. Es soll nunmehr ein Dokument ausgefertigt werden, worin dieser Verzicht notifiziert wird.

Faschistische Justiz gegen „Popolari“.

Rom, 13. Juli. Die Faschisten haben in Monza und Umgebung die Parteigänger der Popolari verhaftet und ebenso eine Druckerei derselben zerstört.

den daß man sich aus dem Elend der Heimat dadurch befreie, daß man in ein freieres Gemeinwesen auswandere. „Die Betrachtung der hiesigen politischen sozialen Verhältnisse im Vergleich zu dem naturkräftigen, herrlich aufblühenden jungfräulichen Staate Nordamerika.“ schrieb sein Bruder Konrad am 8. Dezember 1845 an ihn, „müssen die innewohnende Vaterlandsliebe endlich mürbe machen. Wirklich ist es ein großer Gedanke, aus Untertanen von Fürsten, Grafen, Ritters usw. oder vielmehr deren Amtsmännern, Forst- und Rentmeistern Bürger eines jetzt schon lebenskräftigen, in wenigen Jahren vielleicht unbefriedigbar gebietenden Freistaates zu werden. Und sobald wir uns von unseren Fesseln losmachen können, wollen wir die neue Heimat aufsuchen.“ Und in Verzückung gerät Bruder Konrad bei der Schilderung des künftigen Lebens der vorgestellten Gemeinschaft: „Keine hohe Obrigkeit oder vielmehr ihre saugenden Beamten über uns! Ein freies, vernunftgemäßes Gesetz. Ein solcher lebenskräftiger Bauer ist wohl erfreulicher als der veraltete Eidenstamm, hohl, krankhaft, ein trauernder Zeuge der Vergangenheit.“

Womit sich die drei in Innsbruck arbeitenden Handwerksburschen Scheyring, Schaum und Franz Eggert in ihren Aufstiegen beschäftigten, geht aus den Schriften hervor, welche die löbliche Polizei bei ihnen fand, als sie sie 1846 verhaftete. Es waren Schriften von Weitling, des französischen Utopisten Cabet, der schon damals ins Deutsche übersetzt war, Bücher des deutschkatholischen Predigers Ronge und eine Beschreibung der Kolonie Neu-Helvetia, der die Sehnsucht Eggerts galt. Cabet mußte wegen seiner politischen Tätigkeit Frankreich verlassen

und ist in England zum Sozialisten geworden. Er schrieb 1839 die „Reise nach Marica“, einen utopischen Roman, in der er nach Art der utopischen Sozialisten sein Gesellschaftsideal schilderte. Cabet strebt die Demokratisierung der Verfassung der Staaten zum Zwecke der ökonomischen Umwandlung an, hofft aber noch, daß diese Umwandlung mit Hilfe der Reichen und Mächtigen erfolgen werde. Das Ziel der Menschheit müsse die Dienstbarmachung der modernen Produktivkräfte zum Zwecke der sozialen Wohlfahrt sein und für dieses Ziel müßten Reiche und Arme einträchtig zusammenwirken, um das Reich der Zukunft auf Erden zu errichten. Die vollstümliche Sprache, in der diese Lehren dargestellt waren, hat ihre Verbreitung auch unter den deutschen Handwerksburschen gefördert. — Der deutschkatholische Priester Johannes Ronge, für den sich Eggert und seine ganze Familie, wie aus dem bereits erwähnten Briefwechsel hervorgeht, begeisterten, war ein exkommunizierter katholischer Priester, der die Anrufung der Heiligen und die Verehrung von Bildern und Reliquien bekämpfte und der aus Anlaß der Ausstellung des sogenannten heiligen Rodes zu Trient mit der katholischen Hierarchie in Streit geraten war. Seine Anhänger, die Deutschkatholiken, gründeten Gemeinden, vorwiegend in Schlesien und Sachsen, die einige Jahrzehnte hindurch bestanden, sich aber bis auf wenige Reste, die noch heute bestehen, wieder aufgelöst haben. Von besonderem Interesse ist, daß die Eggerts die soziale Bedeutung, die der Rebellion Ronge gegen die Kirche inne- war, wohl begriffen. So schreibt Johann, ein zweiter Bruder Franz Eggerts an den Leh-

ren: „Gefährlich ist der Deutschkatholismus für alle Fürsten, welche noch im Trüben fischen. Der Hauptgrundlag des deutschen Katholizismus ist: Freiheit, allgemeines Menschenwohl. Dadurch wird freilich alles historische Recht, wenn es Unrecht ist, in seinen Grundfesten zerstört.“ Daraus ist zu ersehen, daß die Brüder Eggert wohl noch in der religiösen Verkleidung, aber doch schon in der Tendenz die Notwendigkeit des Kampfes gegen die politische und soziale Ordnung Deutschlands und Oesterreichs in den damaligen Tagen erkannten, wenn sie auch infolge der Dummheit der Handwerksburschen der Bierzigerjahre an eine Ueberwindung des Unrechtes der bürgerlichen Ordnung, der Ausbeutung der Arbeiterschaft durch das Kapital, im Kampfe der Massen nicht dachten. Das Mittel, sich Zuständen zu entziehen, welche den Arbeiter damals in ökonomischer Abhängigkeit und geistiger Knechtschaft, gegen die sich die aufgeweckten Brüder besonders wandten, erhellten, war eben die Auswanderung nach dem freien Amerika.

Doch sollte es dazu nicht kommen. Das System von Metternichs Polizeiminister Sedlnitzky konnte es nicht dulden, daß in Oesterreich Menschen für Weillings, Cabet's und Ronges Ideen warben und wirkten. Schon 1845 waren die Chefs der politischen Verwaltung der Kronländer in einem Zirkularschreiben der Regierung auf die „gemeingefährliche Sekte der Kommunisten“ aufmerksam gemacht worden und im März 1846 erlaubte sich der Polizeiminister die Aufmerksamkeit des damaligen Landeshef's von Böhmen, Erzherzogs Stephan, auf Franz Eggert im besonderen zu lenken. Obgleich es als ein „Ge-

winn für das Allgemeinwohl angesehen wurde, wenn Untertanen von so verdorbenen Grundlagern, wie jene des Kommunismus und der neuen Separatistenfekte (des Deutschkatholizismus, d. Verf.) sind, das l. l. Gebiet verlassen,“ erklärte es der Bericht dennoch als eine Notwendigkeit, Eggert unter genaue polizeiliche Aufsicht zu stellen. Der Innsbrucker Polizeidirektor ging weiter und ließ Eggert mit beiden seiner Innsbrucker Freunde kurzerhand verhaften. Die Folgen dieser Verhaftung waren für Eggert sehr traurig, denn der Mann mit den hochliegenden Jahren wurde einfach unter 5 Militär gesteckt, sowie das damals üblich war, ohne daß ihm von einem ordentlichen Gericht der Prozeß gemacht worden wäre. Von da ab verlieren sich seine Spuren völlig. Ob er den Qualen des Militärdienstes erlegen ist, ob er die grausame Strafe überlebt und dann gebrochen an Leib und Seele seine Pläne ausgegeben hat, oder ob er vielleicht doch das Ziel seiner Träume: Neu-Helvetia später erreicht hat, das ist leider nicht mehr festzustellen. Wahrscheinlich hat die brutale österreichische Reaktion, die schon so oft in der Jahrhundertverlauf alle fortschrittlichen Bewegungen gehemmt und viele aufwärtsstrebende Menschen vernichtet hat, auch Franz Eggert gebrochen. So war der erste deutsche Sozialist Böhmens zugleich der erste Märtyrer der unter ihre Befreiung kämpfenden deutschen Arbeiterschaft dieses Landes, das erste Opfer des opferreichen Kampfes, den auch wir heute lebenden Menschen auf diesem schwierigen Boden um die Verwirklichung des Sozialismus führen

Die Regierung unterstützt die Fleischwucherer.

Die Behörden sabotieren die Fleischwucherer.

Prag, 14. Juli. Die Fleischpreise sind ungeheuer hoch, ein Kilogramm Rindfleisch kostet heute 16 bis 18 Kronen und dabei weisen die Preise noch immer eine steigende Tendenz auf. Um diese in den wirtschaftlichen Verhältnissen abzuheben, hat die Regierung...

steht nun der Waggon Fleisch in der schlesischen Grenzstation Mittelwalde, ohne daß das Ackerbauministerium geneigt ist, das Zertifikat auszustellen. Die Großhändlergesellschaft der Konsumvereine verlangte, daß das Fleisch in Mittelwalde ärztlich untersucht werde...

Der Zentralverband der tschechoslowakischen Bäder will eine Lotterie zu Gunsten des Reklamefonds der im Zentralverband vertretenen Bäder herausgeben.

Wartut eines Wahninnigen. Der vor zwei Jahren aus der Dobkauer Irrenanstalt entlassene 19jährige Tagelöhner J. K. A. K. F. n. der bei dem ehemaligen Gemeindevorsteher...

Amerikanischer Humor. In dem New Yorker "Vicksnicks List" lesen wir folgende nette Geschichten: Die Gäste eines Restaurants in Indianapolis bemerkten, daß der an der Wand befestigte Regenschirmbehälter eines Tages einen Zettel trug...

Die Lehrerin: Es scheint mir, daß dir diese Frage Sorge macht? Schüler: Ach nein, mir macht bloß die Antwort Sorge. Ein Priester fragt Sonntags die Kraben in der Schule: Was hat Gott, nachdem er Adam aus Staub geschaffen hat? Der jüngste Schüler: Er wusch sich die Hände.

Einem Bauer wurde zur Sommerzeit die Pelzmütze und hohe Stiefeln gestohlen. Der Richter: Was ist Ihnen denn eingefallen, mitten im Sommer die Pelzmütze und Winterstiefel zu stehlen? Wenn Sie sie im Winter genommen hätten, wäre dies ein erledigter Umstand. Der Dieb: Entschuldigen Sie, mein Herr, im Winter wäre es nicht leichter gewesen, denn da hat der Bauer die Pelzmütze am Kopfe und die Stiefel an den Füßen. Und den ganzen Bauer kann ich ja nicht sehen.

Bei dem vom 11. bis 13. September d. J. in Berlin stattfindenden Deutschen Juristentag hat der Deutsche Juristentag in der Tschechoslowakei folgende eine Einladung erhalten. In dem Schreiben wird ausgeführt, daß eine zahlreiche Teilnahme deutscher Juristen aus der Tschechoslowakei erwartet wird.

Kleine Chronik.

Japanisches Papier. Die Einführung des japanischen Papiers in Europa datiert aus der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts. Rembrandt war der erste, der den künstlerischen Wert dieser Blätter begriff, die ein holländischer Seefahrer von Dema mitgebracht hatte. Bei seinen Studien verwandelte er das kostbare Papier nur sehr sparsam...

Gerichtssaal.

Eine amüante Koffer Geschichte. Prag, 14. Juli. Vor ungefähr einem Jahre wurde einem Prager Reisenden während einer Bahnfahrt ein Koffer entwendet. Es war ein großer Reisekoffer, der überall mit Zetteln besetzt war, die stolz den Ruhm ihres Trägers verkündeten: daß nämlich der Koffer bereits in Berlin und Frankfurt gewesen, daß er auch schon Innsbruck, Bozen und den Gardasee gesehen, ja, daß er sich sogar auf einem Dampfer und einer Gondel in Venedig breit gemacht hatte. Ueberall, wohin der Koffer an der Hand seines Herrn gelangte, wurde er bewundert. Sein Herr natürlich auch, vielleicht noch mehr. Der Koffer war so gewissermaßen zum Reklamemittel des Reisenden geworden. Seht her! schienen die bunten Zettelchen jeden zuzurufen, mein Besitzer ist ein vielgereister Mann. Damit der Reisende auch immer Handel trieb, er hätte sich keine bessere Reklame verschaffen können. Verschwiegen ist doch der Koffer wohlweislich, ob sein Besitzer nicht da oder dort auch einmal herausgelassen ist. Doch der Krug geht bekanntlich so lange zum Brunnen, bis er bricht. Der Koffer lockte und pries so lange, bis sich einmal ein Mann fand, der sich die interessantesten Zettelchen auf dem Koffer nicht nur bewundernd ansah, sondern den Koffer selbst gleich mitnahm. - Vielleicht wollte er zu Hause die Zettelchen eingehender studieren...

Verlaufe seines ganzen Lebens alles in allem mehr als zweieinhalb Milliarden Schläge. Welche Arbeitsleistung wird nun durch diese Tätigkeit des Herzens geschaffen? Die Pumpe, die unser Herz darstellt, sät durchschnittlich bei jedem Schlag 100 Gramm Blut in Umlauf, also sieben Liter in der Minute, 420 Liter in der Stunde und zehn Tonnen am Tage. Dieses kleine Organ entwickelt jeden Tag eine Kraft, die imstande ist, nach und nach 46 Tonnen einen Meter hoch zu heben. Während der 70 Jahre bringt das Herz, ohne auch nur einen Augenblick seine Arbeit zu unterbrechen, weder bei Tage noch bei Nacht, somit im ganzen die riesenhafte Masse von 250.000 Kubikmeter Blut in Bewegung. Andererseits gehören zu einem Kreislauf des Blutes nur 24 Sekunden. Während eines Tages legt daher das Blut den Weg dreitausendmal zurück. Das macht im Jahre eineinhalb Durchkreisungen. Man kann sich aus dieser gewaltigen Zahl eine Vorstellung machen, wie sehr das Adernetz teils durch Ableitung, teils durch Ablagerung aller Art in Anspruch genommen wird. Die Länge des durchlaufenen Weges läßt sich schwer bestimmen, weil die Blutbahnen sich in zahlreiche Äderm und Aderchen teilt, deren Länge sehr voneinander abweicht. Nehmen wir als Durchschnitt nur drei Meter an, was noch niedrig gerechnet ist, so kommt man zu dem Resultat, daß das Blut in einem einzigen Tag mehr als 10,5 Kilometer, in einem Jahr mehr als 3900 Kilometer durchläuft, in 70 Jahren 278.000 Kilometer, das ist etwa der sechsfache Erdrumfang.

Der 900. Geburtstag der Notenschrist. So wenig ohne Volta ein Morse oder Edison denkbar wäre, so wenig hätte die Musik ihren Entwicklungsweg vollenden können, wenn dieser Entwicklung nicht durch Guido von Arezzo der Boden geebnet worden wäre, dem Erfinder unserer Notenschrist, der sich nach dem Kloster, in dem er erzogen wurde, in seinen Werken mehrfach auch Guido die Sancto Mauro nennt. Ueber die näheren Lebensumstände des im Jahre 995 in der Gegend von Paris geborenen und im Kloster St. Maur des Fossés erzogenen Benediktinermönchs Guido ist nichts Zuverlässiges zu ermitteln. Nach der Ueberlieferung hat er indes im Jahre 1023 im Benediktinerkloster von Arezzo die noch heute gebräuchliche Notenschrist in Lombardien auf Linien entwirrt, und wir können deshalb in diesem Jahr das neunhundertjährige Jubiläum seiner Erfindung begehen. Historisch beglaubigt ist es in jedem Fall, daß seine weitblickende, wissenschaftlich angelegte Neuerungen im Jahre 1026 die Billigung des Papstes Johann XIX. gefunden hat und damit als Norm der musikalischen Niederschrift angenommen und in die Kirchenmusik eingeführt wurde. Bekanntlich besteht Guidos geniale Entdeckung in der Einteilung der sieben Fundamentaltöne auf vier Notelinien; ob er außerdem auch die sieben Liniennach den Anfangsilben der sieben Halbverse des lateinischen Versus memorialis "Ut queant laxis" usw. U — re — mi — fa — sol — la — si — genannt hat, eine Bezeichnung, die noch in der musikalischen Welt heute gang und gebe ist, bleibt indessen zweifelhaft. Sicher ist nur, daß er sich dieser Silben bediente, um die Intervallverhältnisse eines zu studierenden Gesanges klar zu machen; denn auch die Solmisation, d. h. der Kern der spätmittelalterlichen Musiktheorie, ist auf Guido von Arezzo zurückzuführen. Die schon erwähnte, wurde der um die Musiktheorie und musikalische Praxis verdiente Benediktinermönch wegen seiner hervorragenden Kenntnisse und seiner genialen Erfindungen seinerzeit von Mitbewerbern stark angefeindet. Der Neid seiner Mitbrüder zwang ihn denn auch, das Kloster Pomposa bei Ferrara zu verlassen und sich in das Benediktinerkloster zu Arezzo zurückzuziehen, von wo aus sich der Auf seiner Gelehrsamkeit und seiner Erfindungen für die Erleichterung des Singunterrichtes rasch verbreitete, so daß ihm die Ehre widerfuhr, vom Papst zur Erklärung seiner Methode nach Rom berufen zu werden. Guido wurde in Anerkennung seiner musikalischen Verdienste im Jahre 1029 zum Prior des Camaldulenser Klosters in Arellano ernannt und starb hier mutmaßlich am 17. Mai. 1050.

Die Polizei begann zu arbeiten. Und siehe da, in zwei Stunden war der Koffer samt einem wütend protestierenden Herrn zur Stelle. Der Reisende erkannte sofort seinen Koffer, aber auch den verhafteten Herrn. Es war einer seiner Berufskollegen, doch bevor dieser noch etwas sagen konnte, regnete es schon von Schimpfwörtern wie: Lump, Dieb, Vagabund, Gauner, Falunke usw. — minutenlang! Als sich dann der Polizeikommissar ins Mittel legte, kam es zu einer überraschenden Lösung der Geschichte. Der erste Reisende war nämlich gar nicht bestohlen worden, sondern sein verhafteter Kollege. Dies hatte nur irrtümlich den Koffer seines Freundes für seinen eigenen gehalten — da dieser auch mit allerlei Betrücheln besetzt war — und ihn in der Hast des Aufbruchs mitgenommen.

Die Polizei mußte nun nochmals nachforschen und verhaftete auch den tatsächlichen Kofferdieb. Damit war die Koffergeschichte aber noch lange nicht zu Ende. Denn der mit „Lump“, „Dieb“, „Gauner“ usw. titulierte Reisende klagte seinen Kollegen wegen Ehrenbeleidigung. — Und dem Richter, vor dem die auf so sonderbare Weise entstandene Ehrenbeleidigung verhandelt wurde, kostete es große Mühe, einen Ausgleich zu erzielen. „Denn daß mein gewesener Freund“, so erklärte der beleidigte Reisende immer wieder, „mich für einen Dieb überhaupt nur halten konnte, werde ich ihm nie verzeihen!“

Ein allzu schlagfertiger Gegner des Fußballspiels.

Prag, 14. Juli. Draußen in einem Prager Vorort spielten vor einigen Wochen — als es noch nicht so heiß war — einige Jungen auf einer Wiese Fußball. Neben der Wiese zichen sich Kartoffelfelder hin, die einem als jähornigen Menschen bekannten Gemüsehändler gehören. Der Gemüsehändler, Wenzel P., sah an dem bewußten Tage vor einigen Wochen dem Fußballspiel der Vorstandsjugend zu. Nicht aus Begeisterung vielleicht, denn er hielt Fußball für den sichtbarsten Ausdruck der Bahndiebe, die die Menschheit seit einigen Jahren in Banden geschlagen haben. Und dazu war er einmal ein begeisterter Ritzesraufbold gewesen und hielt daher das Fußballspiel für eine, junge Menschen entehrende Beschäftigung. Die Anwesenheit des Gemüsehändlers auf dem „Fußballplatz“ hatte aber einen anderen Zweck. Daß dieser Zweck kein besonders erbaulicher war, bewies die heutige Verhandlung gegen den Gemüsehändler, der sich wegen Uebertretung gegen die körperliche Sicherheit zu verantworten hatte. Er hatte dem Fußballspiel nämlich nur so lange ruhig zugehört, bis der Ball einmal in seinen Kartoffelfeldern landete. Dann war er herbeigeeilt und hatte dem Jungen, der den Ball aus dem Felde herausholen wollte, eine kräftige Ohrfeige heruntergehaut. — Der Junge, der auf diese Weise die Antipathie des Gemüsehändlers gegen das Fußballspiel nachdrücklich zu spüren bekam, beklagte sich bei seinem Vater und dieser erstattete die Anzeige. — Der Gemüsehändler wurde heute zu 50 K Geldstrafe verurteilt.

Im Duell ermordet.

Budapest, 13. Juli. Das Gericht hat heute das Urteil gegen den Advokaten Dr. Eduard Landauer gefällt, der beschuldigt wird, den Offizier Kirchner in einem Duell getötet zu haben. Das Gericht hat als erwiesen angenommen, daß Kirchner nicht zulässig in den Tagen Dr. Landauers hereingekommen ist, sondern das Landauer, der sich ehrenwörtlich verpflichtet hatte, das Recht des Stiches nicht in Anspruch zu nehmen, absichtlich die Schlagader seines Duellgegners durchstochen hat. Das Urteil lautet auf vier Jahre Staatsgefängnis. Sowohl die Staatsanwaltschaft als auch die Verteidigung haben gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Die Ursache.

Roman von Leonhard Frank.

Auch jetzt, da er bedrückt vor dem Dichter stand, hätte er noch nicht sagen können, weshalb er gekommen war.

„Habe ich Ihnen meinen Traum nicht erzählt? ... Ich habe eben im Traum den Lehrer noch einmal umgebracht. Was ist das? In Wirklichkeit würde ich es doch nicht tun. Auch damals habe nicht ich es getan. Der Dämon führte die Hände. Ich bin unschuldig. ... Ihr ermordet mich!“

Der hat sich diese Theorie nicht angeeignet, um sich durch sie zu retten, dachte der Einäugige. Der Psychologieprofessor hat unrecht.

Da stieg zum ersten Male klar die Frage in ihm auf, ob er vielleicht Unrecht damit getan habe, einen Menschen dem Tode zu überliefern. „Bin ich deshalb gekommen?“ hatte er gefragt, ohne es zu wollen. Erschrocken blickte er den Dichter an, auf dessen verwüstetem Gesicht diese Frage höhnisch beantwortet stand.

„Ich habe umsonst gelebt, denn einstimmig wurde ich verurteilt. Ihre Stimme hat mein Leben nutzlos gemacht. ... Verstanden und doch verraten! Ein furchtbares Verbrechen.“

Der Kampf zwischen den beiden ging nur um diesen einen Punkt. Noch einmal stieg Kraft im Dichter auf, für diesen Kampf.

Da trat ein Mann ein. Das ging alles ohne Worte vor sich. Bei den Schläfen begann er. Dann scherte er von der Stirn weg mit seiner Maschine einige Bahnen bis zum Wirbel. Zuletzt scherte er den Nacken. Ganz taub. Und ging.

Es fühlte sich kühl an, als der Dichter seinen Nacken berührte. Die Möglichkeit, mit dem Ein-

Eine bemerkenswerte Entscheidung.

Gegen eine Entscheidung der Schiedskommission nach dem Betriebsauswahlgese über den Anspruch eines Arbeiters auf Schadenersatz ist die Beschwerde an das Oberste Verwaltungsgericht unzulässig.

Eine bemerkenswerte Entscheidung, die von allgemeinem Interesse ist, hat das Oberste Verwaltungsgericht am 4. Juni 1923 unter Zahl 6960/23 gefällt.

Die Brauerei Bodenbach hatte einen Arbeiter aus dem Grunde des § 82 der Gewerbeordnung entlassen und das Dienstverhältnis ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gelöst.

Der Betriebsauswahlgese der Brauerei, der von der Entlassung verständigt wurde, erklärte, daß er im Entlassung nur dann zustimmen könne, wenn ihm strafgerichtlichen Verfahren sich die Richtigkeit der Behauptung der Brauerei über eine unforrekte Handlungsweise des Arbeiters ergebe.

Nachdem in dem eingeleiteten Strafverfahren der betreffende Arbeiter freigesprochen wurde, hat der Betriebsauswahlgese die Beschwerde an die Schiedskommission Teisen erhoben.

Die Schiedskommission hat erst nach Ablauf von sieben Tagen eine Entscheidung gefällt, und zwar in dem Sinne, daß die von der Brauerei erhobene Einwendung der Unzuständigkeit unzulässig ist und die Brauerei schuldig erkannt wurde, dem Manne eine Abfertigung zu bezahlen.

Die Brauerei Bodenbach hatte gegen die Entscheidung der Schiedskommission die Beschwerde an das Oberste Verwaltungsgericht überreicht und sich auf den Standpunkt gestellt, daß nach dem Gesetze über die Betriebsauswahlgese die Bestimmungen über eine Entschädigung keine Anwendung auf Arbeiter finden, die sich eine Handlung zuschulden kommen lassen, wegen der das Arbeitsverhältnis nach § 82 der Gewerbeordnung gelöst werden konnte. Die Schiedskommission sei daher unzuständig gewesen.

In der vom Betriebsauswahlgese der Brauerei erstatteten Gegenschrist wurde darauf hingewiesen, daß es sich um einen privatrechtlichen Anspruch des Arbeiters handelt und daß gegen eine Entscheidung über privatrechtliche Ansprüche die Beschwerde an das Oberste Verwaltungsgericht nicht zulässig ist, daß vielmehr die Schiedskommission das Recht zu prüfen hat, ob der Entlassungsgrund nach § 82 der Gewerbeordnung gegeben war und falls sie ihn nicht als gegeben findet, sie eine Entschädigung zu sprechen kann.

Das Oberste Verwaltungsgericht hat sich in der erstlossenen Entscheidung der Anschauung des Betriebsauswahlgese bzw. der Schiedskommission angeschlossen und die Beschwerde der Brauerei Bodenbach ohne weiteres Verfahren zurückgewiesen, weil sie unzulässig ist.

Das Verwaltungsgericht läßt aus, daß die Entscheidung der Schiedskommission auf die Bestimmung des § 3, lit. g (Punkt ee) des Gesetzes gestützt ist und sagt weiter: „Der auf dieser Bestimmung beruhende Anspruch hat privatrechtlichen Charakter, denn seine Quelle ist das durch den Arbeitsvertrag begründete privatrechtliche Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.“

Der Anspruch der Schiedskommission über die Existenz dieses Anspruches ist eine Entscheidung der Verwaltungsbehörde über einen privatrechtlichen Anspruch der Partei, gegen den Abhilfe im ordentlichen Rechtsweg gesucht werden kann (§ 105 der Verfassungsurkunde), und zwar sowohl bezüglich der Einwendung, daß der entlassene Arbeiter sich einer Tat schuldig gemacht hatte, wegen der er gemäß § 82 der Gewerbeordnung augenblicklich aus der Arbeit entlassen werden konnte, und die einen Anspruch desselben gemäß § 3, lit. g, des Ges. über die Betriebsauswahlgese ausschließt, als auch bezüglich der Einwendung, daß der Betriebsauswahlgese die Zustimmung zur Entlassung des genannten Arbeiters erteilt und die genannte Kommission nicht innerhalb der im § 3, lit. g, des bezogenen Gesetzes festgesetzten Frist entschieden habe.

Ist aber die Überprüfung der Entscheidung der Schiedskommission bezüglich des erwähnten Anspruches den ordentlichen Gerichten vorbehalten, dann ist die Beschwerde an das Oberste Verwaltungsgericht gemäß § 3, lit. g, des Ges. über den Verwaltungsgerichtshof ausgeschlossen und es war deshalb die vorliegende Beschwerde zurückzuweisen.“

Das Oberste Verwaltungsgericht hält also an seinem, in früheren Entscheidungen angenommenen Standpunkte fest, daß Ansprüche der Schiedskommission über Entschädigungen an Arbeiter durch eine Beschwerde an das Verwaltungsgericht nicht anfechtbar sind. Bemerkenswert ist aber, der Hinweis auf § 105 der Verfassungsurkunde.

§ 105 der Verfassungsurkunde enthält die Bestimmung, daß in allen Fällen, in denen eine Verwaltungsbehörde nach den hierüber erlassenen Gesetzen über privatrechtliche Ansprüche entscheidet, es der durch diese Entscheidung betroffenen Partei freisteht, nach Erschöpfung der Rechtsmittel Abhilfe im Rechtsweg zu suchen. Im zweiten Absatz heißt es, „die näheren Bestimmungen trifft ein Gesetz“. Ein derartiges Gesetz ist aber bis heute nicht erlassen worden. Die Bestimmung des § 105 der Verfassungsurkunde ist fast wortwörtlich aus Art. 15 des österr. Staatsgesetzes vom 21. 12. 1867 über die richterliche Gewalt entnommen und diese Bestimmung gilt von jeher als eine undeutliche und unvollständige.

Niemand weiß, auf welche Weise Abhilfe im ordentlichen Rechtsweg gesucht werden kann, ob in der Weise, daß die Partei die mit dem Ausspruch der Schiedskommission durch eine Klage beim ordentlichen Gerichte anfechten kann oder auf eine andere Art.

Wenn jeder Ausspruch der Schiedskommission über die Entschädigung von dem Gewerbegericht oder Bezirksgericht überprüft werden kann, braucht man eine Schiedskommission nicht und die Anträge der Betriebsauswahlgese und die Verhandlung vor der Schiedskommission wäre eine ganz überflüssige Sache und nur geeignet, die Geltendmachung der Rechte der Arbeiter zu verzögern oder auf die lange Bank zu schieben.

Entweder hat die Schiedskommission die Funktion eines Lohngerichtes, dann ist ihr Ausspruch entgeltlich und es wäre nur eine Anfechtung wegen Mangelhaftigkeit des Verfahrens, analog der Anfechtung des Ausspruches jedes Schiedsgerichtes möglich.

Ist das aber nicht der Fall, so liegt hier eine Art Doppelgerichtsbarkeit vor und man kommt zu der Ueberzeugung, daß das Gericht über die Betriebsauswahlgese auch in dieser Beziehung ganz verfehlt ist und einer Novellierung dringend bedarf, welche gleichzeitig mit jener Novellierung vorzunehmen wäre, die durch das Verwaltungsgerichtserkenntnis über die Bank-Betriebsauswahlgese als notwendig erwiesen hat.

Selbstverständlich wäre auch endlich ein Gesetz zu beschließen, welches im § 105 der Verfassungsurkunde ausdrücklich in Aussicht gestellt ist und ohne welches diese Bestimmung der Verfassungsurkunde weiterhin eine rätselhafte bleibt.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Gilt noch das Gesetz über den Achtstundentag?

Wo bleibt das Ministerium für soziale Fürsorge.

Nach § 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 1918, Sg. Nr. 91, darf die wirkliche Arbeitszeit in den der Gewerbeordnung unterworfenen oder gewerbmäßig betriebenen Unternehmungen grundsätzlich nicht mehr als acht Stunden binnen 24 Stunden, oder höchstens 48 Stunden in der Woche betragen. Der Minister für soziale Fürsorge kann im Einvernehmen mit den beteiligten

Ministern einzelnen Gruppen von Unternehmungen auch eine andere Regelung der Arbeitszeit gestatten, dieselbe darf dann aber in einem Zeitraum von vier Wochen 192 Stunden nicht überschreiten. Mit Durchführungsvorschrift vom 11. Jänner 1919, Sg. Nr. 11, des Ministeriums für soziale Fürsorge wurden die Unternehmungen bestimmt, welchen die Einteilung der Arbeitszeit nach dieser Art gestattet wurde. Zu diesen Unternehmungen gehören auch die Ziegeleien und die Baugewerbe bei der Arbeit auf Bauplätzen.

Diese Ausnahmsstellung wird nun von den Ziegeleien und den Baugewerben in der schwindelhaftesten Weise ausgenützt, um die gefällige 48stündige Arbeitswoche illusorisch zu machen. Die Ausnahmsstellung für die in der Verordnung festgesetzten Unternehmungen war und ist durch die Eigenart derselben und auch aus technischen Gründen bedingt. Die Unternehmer gebrauchen und benötigen diese Ausnahmsstellung, um wider Recht und Gesetz die Arbeitszeit zu verlängern. Es ist Tatsache, daß im Baugewerbe und den Ziegeleien der Achtstundentag nur noch auf dem Papier steht. Wo sich die Arbeiter nicht energisch wehren, gibt es keinen Achtstundentag mehr. Und dies trotzdem noch tausende Arbeitslose sind und bei Einhaltung der gesetzlichen Arbeitszeit viele derselben bei den Bauarbeiten untergebracht werden könnten. Die Aufsichtsbehörden scheinen mit Blindheit geschlagen zu sein, oder auf höhere Weisung die Ungefehllichkeiten trotz erfolglicher Anzeigen zu dulden. Der deutsche Bauarbeiterverband macht fortgesetzt Anzeigen. Die Unternehmer bleiben von der Behörde vollständig unberührt und setzen ihr geschwändriges Treiben ohne Ueberstunden können, falls der regelmäßige Betrieb durch Elementarereignisse oder Unfälle unterbrochen wird, oder wenn im öffentlichen Interesse oder aus anderen dringlichen Gründen ein erhöhter Arbeitsbedarf entsteht und andere Vorkahrungen nicht getroffen werden können, für die Dauer von vier Wochen im Jahre und höchstens bis zu zwei Stunden täglich, bewilligt werden. Eine solche Bewilligung erteilt für die der Gewerbeinspektion unterliegenden Betriebe der Gewerbeinspektor. Weitere Ueberstunden bis zu zwei Stunden täglich, und für die Dauer von höchstens sechzehn Wochen im Jahr kann die politische Behörde zweiter Instanz erteilen. Im Vorjahr gab es noch schamhafte Unternehmer, die um diese Ueberzeit bei den Behörden ansuchten. Die Unternehmer fanden bei den Behörden in der Regel williges Gehör. Die Ueberzeit wurde bewilligt, der Einspruch der Gewerkschaften blieb unbeachtet.

Geuer haben es die Unternehmer viel leichter. Sie brauchen um die Bewilligung gar nicht anzufuchen und können nach Herzenslust die Arbeitszeit ausdehnen. Die Behörde läßt trotz Anzeigen die Unternehmer die Gesetzesübertretungen weiter betreiben. Wie frech und herausfordernd die Unternehmer schon geworden sind, ist auch dadurch zu ersehen, daß sie die geleisteten Ueberstunden nicht als solche bezahlen wollen. Nach Artikel 2 der zitierten Durchführungsvorschrift ist die Arbeitszeit, welche in der Woche 48 Stunden übersteigt, als Ueberstundenzeit anzurechnen. Die Herren Unternehmer legen diese Bestimmung nun so aus, daß dieselbe nur besagt, daß diese Ueberstunden überhaupt bezahlt werden. Mit anderen Worten heißt dies, fehlte diese Bestimmung, dann könnten die Arbeiter wohl 60 und mehr Stunden arbeiten, die Unternehmer zahlten nur für 48 Stunden Lohn. Höher kann bei Auslegung einer Gesetzesbestimmung wohl kaum noch Frechheit und Arroganz gehen. In Reichs- und Provinzial-Kommunen sind ihre Perforationen die Widerstandskräfte der Organisationen geschwächt haben, haben die Unternehmer fast vollständig freies Spiel. Es war ein jahrelanges, mit Stolz behüte-

sich dem Einäugigen und blickte ihn an, wie die Raue den Vogel, der sich nicht zu rühren wagte. „Ich sage dir, mein Blut, wenn es das Sägemehl rot macht, wird das Blut aller Menschen zur Rache zwingen. Zwingen! Denn es ist nur ein Blut.“

Da warf er die Arme in die Höhe, daß sie in einem Bogen wie über die ganze Welt hin verbarren. Prophetisch hell rief er: „Und als der erste Menschenkopf geschlechtlich abgeschlagen war, wurde es vor Rache dunkel auf der Erde, denn allen Menschen trat das Blut in die Augen, da es sich wieder vereinigen wollte mit dem geschlechtlich vergossenen Blut.“

Plötzlich tat er einen wilden Schritt zur Tür hin. Der Wärter sprang auf ihn zu. Und ließ die Hände wieder sinken, als der Dichter haferfüllt sagte: „Gehen Sie noch nicht? ... Verräterchen“, sagte er leise und verächtlich.

Da verließ der Einäugige wortlos die Zelle.

Der Dichter wandte sich langsam, gezogen, zum Fenster, sah auf den ruhigen Sonnenleser am Boden und dachte, plötzlich ganz abwesend: Die Sonne ist mir ein wunderbarer Vogel, der gestorben daliegt.

Der Wärter fragte: „Also, wollen Sie sie sehen?“

„Hier liegt sie und ist gestorben.“

„Ich meinte, Ihre Mutter ist draußen.“

Da machte er eine Bewegung, als versuche er, einer Kanonenkugel auszuweichen.

Und rief in Entsetzen: „Ich kann doch meine Mutter nicht sehen!“

„Sie steht draußen.“

... Ich muß doch meine Mutter noch einmal sehen.“

„Ein kleines Frauchen.“

„Meine Mutter kann ich doch jetzt nicht sehen!“

„Glauben Sie das auch?“ fragte er, näher

Augigen zu kämpfen, war weg. Sein Herz wurde groß vor Angst, füllte die ganze Brust aus.

Da verzog langsam Hohn sein Gesicht. Die Hand im Nacken, den Blick auf den Einäugigen gerichtet, fragte er höflich lächelnd: „Wieviel wiegt denn so ein abgeschlagener Menschenkopf? Mit allem Fleisch daran? Mit den Lippen? Wenn er noch warm ist ... Vier Kilo? Fünf Kilo vielleicht?“

Der Wärter drehte sich zur Wand, stachte aus einem Gläschen Schnupftabak auf seinen Daumen, und während er ihn geräuschvoll in die Nase schaffte, sagte der Dichter bewußt grausam: „Die Kopfstügel stürzt ... in den Rasten, schlägt auf ... Dann kollert sie und bleibt liegen. Macht noch eine Viertelsdrehung und liegt still ... im Profil. Im Profil.“ Er nahm die Wand weg vom Nacken und betrachtete seine Finger, sah den Einäugigen an. „Ob dann die Augen zu sind? Oder sind sie offen? Blind? Oder sehen Sie noch eine Sekunde lang? ... Lang! Sie müssen das doch wissen, Sie haben mich ja verurteilt ... zum Tode.“

Der Einäugige machte eine Bewegung zur Tür hin.

„Bleiben Sie noch!“ rief der Dichter, so stehend, in Angst vor dem Alleinsein, daß der Einäugige stehen blieb. Und die Verwandlung des Hohnes zum furchtbarsten Entsetzen beobachtet konnte.

„Man sagt, daß das Gehirn so eines Kopfes noch eine Weile ... funktioniert. Denkt? Der abgeschlagene Kopf lebt noch eine Weile? Denkt seinen letzten Gedanken zu Ende? Oder kann man einen Gedanken ... mit dem Beil entzwei schneiden? Ein Beil kann das nicht! ... Sie sind zu mir gekommen, um mir zu helfen. Und können es nicht!“

Der Einäugige sah wie ertappt auf.

Und der Dichter schrie: „Können nicht helfen! Nicht helfen! ... Zu spät!“

Beide Hände an den Hinterkopf gepreßt, schrie er: „Mit ungeheurer Kraftanstrengung denkt der abgeschlagene Kopf seinen angenehmen letzten Gedanken zu Ende und brüllt allen Menschen lautlos ihre Schande ins Gesicht. Auch Ihnen! Rache! brüllt er. Rache! brüllt der Mund. Und die Gerechten, die herumstehen, hören es nicht.“

Auch der Wärter nahm seinen Schritt zum gefährlich und wild aussehenden Dichter wieder zurück und stand mit dem Einäugigen still, als der Dichter mit ganz veränderter Stimme vibrierend ruhig sagte: „Ich oder weiß — was ein geschlechtlich abgeschlagener Menschenkopf spricht, wird nie behalten, wird furchtbar gehört. Seine Worte treiben Rache und Rache in die Herzen der Menschen hinein. Ins Sägemehl geflossenes Menschenblut spricht zum noch pulsierenden Blut. Denn alles Menschenblut ist göttlich miteinander verwandt. Und deshalb wird der Wort, den die Gesetzesmänner an mir beginnen, sich tausendfältig rächen. Wird tausend Morde erzeugen.“

„Weißt du das? Der abgeschlagene Menschenkopf ist ein furchtbar mächtiger, gefährlicher Kopf. Denn er wird den Menschen ewig sichtbar bleiben, wie er im Profil im Rasten liegt. Die Bestie im Menschen wird mit den geschlechtlich abgeschlagenen Menschenköpfen gesättigt ... Das ist die Rache des Hingerichteten.“

Sein Gesicht war vom Fleisch abgeschlagen und spitzig geworden.

Der Einäugige brach sich los von seinem Bann, dachte müde: die Hofe ist ihm ja viel zu lang, und erstarrete wieder, als der Dichter sagte: „Die Gerechten, die herumstehen, glauben, ein abgeschlagener Menschenkopf sei ein abschreckendes Beispiel!“

„Glauben Sie das auch?“ fragte er, näher

„Glauben Sie das auch?“ fragte er, näher

(Fortsetzung folgt.)

tes Privilegium der Reichenberger Bauarbeiter, daß an der Arbeitszeit nicht gerüttelt werden dürfte. Heute ist es wesentlich anders. Allen voran marschiert der, von den Kommunisten in besonderem Schutz genommene Baumeister Wallerstejn. Für ihn gilt überhaupt kein Gesetz. Er bleibt auch trotz Anzeigen von Staatspolizei und politischer Behörde unbehelligt. Jüngst erhielt dieser Kommunistenschlingel noch vom Bauamt Reichenberg lobende Anerkennung ausgesprochen. Ein kleiner Schönheitsfehler wurde nachträglich bei dieser Anerkennung konstatiert. Eine Revision des Gewerbeinspektors auf den Baumeister Wallerstejn stellte nämlich fest, daß nicht alles was der Herr Bürgermeister Bayer im Namen des städtischen Bauamtes in öffentlicher Stadtkonferenz mit dem Herrn Baumeister erzählte, der Wahrheit entsprach. Wallerstejn hat natürlich auch gleichgesinnte Komplizen, die so wie er auf die Gesetze scheißt. Baron Diebzig, der sich einen eigenen Baumeister hält, nimmt für sich ebenfalls das Privileg in Anspruch. Dem gesetzlichen Arbeitsvertrag ein Schnippchen zu schlagen. Besonders trag sind die Zustände bei den Messarbeiten auf dem Leipziger Platz. Dort herrscht eine Arbeitszeit wie anno dazumal. Sonnenauf- und untergang schein: dort Arbeitsbeginn und -ende zu bestimmen. Das weiß und sieht die Behörde. Es geschieht aber nichts, um dem Gesetz Anerkennung zu verschaffen. Wie in Reichenberg ist es in vielen anderen Orten. Ein besonderer Gesetzesverächter ist die Firma Mittel u. Brausewetter. Die Firma führt bei Friedrich Matoušek & Co. in Franzenthal bei Chemnitz einen Bau aus. Im Juni wurden dort von den Arbeitern Schlägen von 17 bis 34 Stunden gemacht. Die Rabigpumper arbeiteten von 7 Uhr früh bis einhalb 2 nachts. Die dortige Behörde wurde von diesem Skandal sofort in Kenntnis gesetzt. Unternommen wurde gegen die Firma nichts. Sie höhnte vielmehr die intervenierenden Vertrauensmänner noch: Sie können machen, was sie wollen. Was sagt das Ministerium des Inneren zu diesen skandalösen Zuständen? Haben die politischen Bezirksbehörden die Befugnis erhalten, die provozierenden Gesetzesverletzungen der Unternehmer zu dulden? Was legt dazu auch das Ministerium für soziale Fürsorge? Wie sollen die Arbeitslosen untergebracht werden, wenn tausendfach die gesetzliche Arbeitszeit, ohne Not, ohne behördliche Bewilligung weit überschritten und diese Gesetzlosigkeit von der Gewerbeinspektion und den politischen Behörden geduldet wird? Eine dringende Notwendigkeit ist, daß von den in dieser Frage zuständigen Ministerien unverzüglich Ordnung geschaffen wird. So offenkundig den Unternehmern das Recht einräumen, Gesetze mit Füßen zu treten, ist für die Arbeiterschaft unerträglich.

Englisch-tschechoslowakischer Handelsvertrag. Gestern, Samstag, wurde von Lord Curzon und Minister Dr. Beneš der britisch-tschechoslowakische Handelsvertrag unterzeichnet, der in Anwesenheit des bevollmächtigten Ministers Ing. Dvořák durchberaten worden war. Der Vertrag enthält gleichzeitig auch das Handelsabkommen mit den britischen Kolonien.

Streit im Ostrauer Gebiet und in Teschen. Aus Mähr.-Ostau, 14. Juli, meldet das Preßbureau: Dem Wochenbericht des Gewerbeinspektorates in Mähr.-Ostau zufolge ist bei dem Bahnbau Wjetin-Bilniz ein Streit ausgebrochen. Ueber die Schilderung des Konfliktes wird in den nächsten Tagen verhandelt werden. — In Prochazka Druckerei in Schlesiens-Teschen traten die Angestellten in einen eintägigen Proteststreik, da die Auszahlung des nach dem Kollektivvertrag gebührenden Feiertagslohnes verweigert wurde. In der Frankstädter Textilindustrie ist mit der Arbeiterschaft über einen neuen Kollektivvertrag verhandelt worden. Nach ziemlich bewegten Verhandlungen wurde beschlossen, daß die Arbeitgeber im Laufe der Woche ihre Anträge vorlegen werden. Bis zum Abschluß eines neuen Vertrages bleiben die bisherigen Bedingungen in Kraft. — Die Verhandlungen im Ostrauer Bauarbeiterkonflikt endeten resultatlos. Die Arbeitgeber forderten eine Herabsetzung der Löhne bis 15 Prozent und würden sich schließlich mit einer Reduzierung von 8 Prozent ab noch weniger begnügen haben. Die sozialdemokratischen Vertreter beantragten, mit der Herabsetzung der Löhne bis nach der Ernte zu warten, wo eine neue Preisregelung zu erwarten ist. Die Kommunisten dagegen forderten eine 10prozentige Erhöhung der Löhne, wodurch weitere Verhandlungen unmöglich gemacht wurden.

Der Gelegenheitskurs über die Angestellten in höheren Privatdiensten, welcher zwischen einzelnen Ministerien bereits vereinbart wurde, erscheint in den nächsten Tagen samt Notizenbericht in Druck und sind einzelne Exemplare gegen Ertrag von Kc 5.— im Sekretariat des Einheitsverbandes der Privat- und öffentlichen Angestellten, Prag II., Jungmannova 29, erhältlich.

Eine neue Gewerbeordnung für die Slowakei. Wie die „Ceskoslovenska Republika“ meldet, soll in der Slowakei die in den historischen Ländern geltende Gewerbeordnung eingeführt werden. Selbstverständlich ist — so fortschrittlich ist nun einmal die Republik — auch der Befähigungsnachweis darunter. Jetzt wird es sicher in der Slowakei besser werden!

Fallen der Lebenshaltungskosten in Oesterreich. Die Kosten der Lebenshaltung in Oesterreich haben sich vom 15. Juni bis 15. Juli um 5 Prozent ermäßigt.

Deutsch-russische Wirtschaftsverhandlungen. Einer Korrespondenzmeldung zufolge erklärte der erste Botschaftsrat der Berliner russischen Botschaft Brodowski über die kürzlich in Ber-

lin mit dem Konsularabkommen begonnenen deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen. Daß diese Verhandlungen nicht nur dem Abschluß eines Handelsvertrages, sondern einer ganzen Reihe weiterer Verträge und Konventionen gelten sollen, welche die gesamten Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland regeln werden. Die Verhandlungsgegenstände umfassen die Konsularbeziehungen, die Seeschifffahrt, den Verkehr auf den Eisenbahnen und Binnenwasserstraßen, die Frage der Zölle, der Steuern, der Versicherungen, des Rechtschutzes, der Konzessionen, den Handelsvertrag im engeren Sinne und die Frage der Schiedsgerichtsbarkeit. Die Verhandlungen werden teils in Berlin, teils in Moskau geführt werden und dürften in Anbetracht der großen Zahl der zu regelnden Fragen mindestens ein Jahr dauern.

Devienturse.

Die tschechische Krone notiert in:

Paris	Schw. Frant 17.35/00
Berlin	Mark 5680.00
Wien	öfter. Kr. 2138.00

Züricher Schlußkurse am 14. Juli.

	Geld	Ware
Paris	33.90/00	34.05/00
London	26.54/00	26.60/00
Berlin	0.00.23/00	0.00.26/00
Niiland	24.57/50	24.67/50
Holland	225.50	227.00
Wien	0.00.81/00	0.00.81.50
Budapest	0.06/00	0.07/00
Prag	17.50/00	17.40/00
New York	5.78/00	5.70/00
Belgrad	8.05/00	6.15/00
Warschau	0.00.45/00	0.00.55/00

Kunst und Wissen.

Neues Theater. Heute Sonntag Gastspiel Richard Kubla „Cavalleria rusticana“, „Il pagliacci“, morgen Montag „Trommeln in der Nacht“, Dienstag „Orpheus in der Unterwelt“, Mittwoch Abchied Maria Müller „Der Mantel“, Schwester Angelica“, „Gianni Schicchi“. Donnerstag „Er und seine Schwester“, Freitag neustudiert „Blachmann als Erzieher“, Samstag zum erstenmal die neue Operette „Die schöne Mama“, Sonntag Abchied Berthold Sterned „Der Rosenkavalier“.

Abschiedsvorstellungen. Die aus dem Operensemble des Deutschen Landestheaters auscheidenden Damen und Herren Müller, Berthold und Sterned werden sich im Laufe der letzten Vorstellungen dieser Spielzeit vom Prager Publikum verabschieden. Für diese Vorstellungen sind bestimmt die Buccini-Einakter („Schwester Angelica“ mit Maria Müller und „Giovanni Schicchi“ mit Berthold Sterned in der Titelrolle), ferner „Der Rosenka-

Mitteilungen aus dem Publikum.
Das Beste für Ihre Augen
liefert **Optiker Deutsch, Prag,**
Graben 23, KL. Bazar.
1392

Der heutigen Nummer unseres Blattes liegt ein Prospekt der Firma „Glückrad“ bei, auf welches wir unsere Leser besonders verweisen.
1739a

LÜSTER-SACCOS
von
Kč 120.—
STRÁNSKÝ
HYBERNSKÁ
1754

Berausgeber: Dr. Ludwig Egech und Karl Cermak.
Berantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckergesellschaft, Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Polik.

Warnung !! 1690
Verlangen Sie in Ihrem eigenen Interesse bei Ihrem Konsumvereln od. beim Kaufmann aus schliesslich nur den bestbewährt. Fliegenfänger
KOH—I—NOOR
Erste Prager Fliegenfänger-Fabrik
Prag-Vrbovic Nr. 448/V. Tel. 7899.

Olmützer Käsel u. Stangenkäsel
In bester Qualität und billig bei
1714
I. Olmützer Käsefabrik, A. R. Hrabě, Olmütz.

valler“ (Marshallin Johanna Berthold, Osk von Verheuen Berthold Sterned), „Freischütz“ (Marie Maria Müller, Kaiser Berthold Sterned).

Premiere „Die schöne Mama“. Der amäzante neue Operettenschwank „Die schöne Mama“ von Heinrich Waldberg und Bruno Kardt, wird Samstag zum ersten Male zur Aufführung kommen.

Waldtheater Burgstein bei Galda. (Künstlerische Leitung: Kurt Linzmayr.)
Sonntag, den 15. Juli, 3 Uhr nachmittags: „Der liebe Bauer“, Operette von Leo Fall. — Sonntag, den 29. Juli, 3 Uhr: „Die St. Jakobsfahrt“ von Diez-Schmidt (unter persönlicher Regieführung des deutschböhmischen Autors). — Günstige Zug- und Autoverbindungen. — Vereine mit über 50 Teilnehmern bezahlen auf allen Plätzen die Hälfte der Preise.

Literatur.

Wirtschaftsparlamente. Von den Revolutionsräten zum Reichswirtschaftsrat von Georg Bernhardt. Wien, Leipzig, München (Nicola-Verlag) 1923. Der bedeutende deutsche Volkswirtschaftler und Publizist hat hier ein Buch geschrieben, das auch für tschechoslowakische Verhältnisse interessant ist, weil ja die Regierung auch in der Tschechoslowakei durch Verordnung den sogenannten Wirtschaftsbeirat berufen hat, der aber im Gegensatz zum deutschen Reichswirtschaftsrat bisher fast gar nichts geleistet hat. Während der deutsche Reichswirtschaftsrat jeden Monat zwei bis drei Vennarstellungen abhält und auch die Kommissionen fleißige Arbeit verrichten, ist es bisher in der Tschechoslowakei nur zu einer einzigen Vollsitzung des Wirtschaftsbeirates und einigen wenigen Ausschusssitzungen gekommen. — Georg Bernhardt hat mit großer Liebe die Geschichte des Reichswirtschaftsrates dargestellt. Wir erfahren hier, daß schon Bismarck Ende der Siebzigerjahre an eine ähnliche Einrichtung, wie sie der heutige Reichswirtschaftsrat darstellt, gedacht hat. Der deutsche Reichstag war damals gegen die Verwirklichung dieser Idee. Neue Nahrung hat dieser Gedanke erst erhalten, als die russische Revolution die Räteverfassung auf die Tagesordnung der Geschichte gesetzt hat. Durch zahlreiche Umwandlungen sind nun in Deutschland durch Umwandlung der russischen Räte Einrichtungen geplant worden, die zum Teil im Reichswirtschaftsrat verwirklicht wurden. Die Bezirks- und Landeswirtschaftsräte sind auch in Deutschland bisher nur ein Plan geblieben. Georg Bernhardt schildert nun die Zusammenfassung des Reichswirtschaftsrates und zeigt seine Mitglieder an der Arbeit, erzählt von dem Kampf, den der Reichswirtschaftsrat um Ansehen und Einfluß geführt und erörtert zum Schluß die Zukunft des Reichswirtschaftsrates, dessen Zweck der Wiederaufbau der zer-

störten Wirtschaft sein soll. — Als Sozialdemokrat wird man wohl den Ausführungen Bernhards etwas kritisch gegenübersehen. Bernhardt gelangt zur Propagierung des Reichswirtschaftsrates angesichts der Krise des bürgerlichen Parlamentarismus. Diese Krise hat ihre Ursache in der sozialen Entwicklung selbst, und in Zeiten des Gleichgewichts der sozialen Kräfte zwischen Bourgeoisie und Proletariat, wo die Parlamente zu fruchtbarer Arbeit unfähig sind, weil eine Klasse die andere in der Durchsetzung ihrer Forderungen hindert, wird auch ein Reichswirtschaftsrat die fruchtbare Arbeit, die ein Parlament nicht leistet, ebenfalls nicht vollbringen können. Immerhin wird man Bernhards Buch, das mit einem bei den Vertretern der bürgerlichen Gesellschaft sonst seltenen Verständnis für den Sozialismus und die Arbeiterbewegung geschrieben ist, nicht ohne Interesse lesen. Man wird daraus ersehen, wie die Idee des Reichswirtschaftsrates, der in Deutschland immerhin nützliche Arbeit geleistet hat, in der Tschechoslowakei verfaßt und karikiert wurde. E. St.

Bereinsnachrichten.

Verein deutscher Arbeiter in Prag. (Bibliothekslehre.) Wie bereits durch ein Zirkular bekanntgegeben wurde, wird die Bibliothek des Vereines am kommenden Donnerstag, den 19. Juli geschlossen. Im Interesse des Vereines wird dringend gebeten, die noch ausstehenden Bücher unbedingt abzugeben. Nach diesem Termin wird eine gründliche Revision der Bibliothek vorgenommen, auf Grund welcher die noch ausstehenden Bücher auf Kosten der Ausleiher eingehoben werden.

Turnen und Sport.

Kongreß der internationalen Fußball-amateurvereinigungen.

Paris, 13. Juli. (Havas.) Heute begann der Kongreß der internationalen Vereinigung der Amateure, auf dem 16 Staaten, unter ihnen die Tschechoslowakei, vertreten sind. An dem Kongresse nahmen 24 Delegierte teil.

Die Slavia in Konstantinopel.

Pera, 13. Juli. Die Slavia schlug den türkischen Klub „Galata Serai“ 7:2. Die Tore erzielten Stajp (3), Banik (2), Kuzel und Kapel (je 1). Die Slaviemannschaft traf Donnerstag mittels Schiff in Konstantinopel ein, wo sie von Vertretern der Regierung, des Militärs und der Stadt festlich empfangen wurden. Die Mannschaft ist gesund.

Unio-Fliegenfänger spart viel Aergers und Geld!
Unio-Werke, G.m.b.H., Pilsen.
Filiale PRAG I, Mikuláská 22.

Deutscher Theatergarten
Heute großes Konzert
Anfang 3 Uhr

Verlangen Sie die führenden amerikanischen prima Schweine-Schmalzmarken und schönsten Speckschnitte
„Apec“ und „Morrell“
1901 Vertreter für die Czechoslowakei:
Robert Stránský, Prag II., Jungmannova 33.
Drahtanschrift „Rostra“. Telefon 6997.

Inserieren Sie im
„Sozialdemokrat“

Piering-Semi u. Essig
ist der beste!
zu haben in allen Konsum-Verleinen.

Billiger Lesestoff

David, Märtsche Dorfgeschichten.
Ert, Geschichten.
Guth, Geld u. Erfahrung.
Hind, Kapungel.
Jahn, Der Schatzen.
Jürgensen, Königsgeschicht.
Kreiser, Schmutzschicht.
wahrhaftige, kuriose u. sehr gefährliche Reisebeschreibungen zu Wasser u. zu Lande.
Zehmitzner, Treuherrliche Geschichten.
Jeder Band gebunden 5 Kronen.
Bücherpreise in 1000.
Buchhandlung Freiheit
Lpitz-Gäßchen,
Theresienstraße 18.

Tragen Sie Palma
Kautschuk ablässe
Kautschuk sohlen.
Besser und billiger als Leder
Elastischer Gang.
Schutz gegen Nässe.

Der lesende Arbeiter
das ist der denkende und kämpfende Arbeiter!
In der Not der Arbeitslosigkeit. Im Kampfe um bessere Arbeitsbedingungen. Im Kampfe um geistige Freiheit und Kultur ist der **„Sozialdemokrat“** das Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik das einigende, geistige Band, welches das deutsche Proletariat im Angriff und Abwehr zusammenschweißt. **Werdet Leser und werbet neue Leser des „Sozialdemokrat“**

Abonnements-Bestellschein. Abonniere ab 192... monatlich 16 Kc — vierteljährlich 48 Kc — halbjährl. 96 Kc — ganzjährig 192 Kc (nicht Zutreffendes durchstreichen) den
„Sozialdemokrat“ — Verwaltung **Prag II., Kavčítkovo nám. 32.**
Vor- und Zuname:
Beruf:
Ort, Bezirk:
Strasse und Nr.: